

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 85 SONNTAG, 27. Januar 1933

Aus dem Inhalt:  
Das Elend der Saarflüchtlinge  
Wirtschaftliche Folgen der Rückgliederung  
Evangelische Theologen gehen nach Rom  
Der Bauer als Opfer des Systems

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Die Opposition in Deutschland

## Der Kampf um die Freiheit — Die unterirdischen Parteien

Die angesehene Zeitschrift »The Fortnightly« veröffentlicht einen Aufsatz von Wickham Steed über die Weltlage und die englische Politik. Im Rahmen dieses Aufsatzes beschäftigt sich der führende englische Publizist mit der Stabilität des Hitlersystems. Er gibt die folgenden Ausführungen über die Opposition in Deutschland wieder, die von einem Deutschen stammen, der beruflich Deutschland bereist. Wickham Steed betont ausdrücklich, daß diese Darstellung die Dinge seiner Auffassung nach richtig wiedergibt:

Neben den Meckerern und Kritikern, über die Dr. Göbbels im vorigen Sommer klagte, gibt es ein »illegales Deutschland«, und die 10 Prozent Opposition gegen das Regime am 19. August 1934 spiegeln die systematische Arbeit von mindestens 5 Oppositionsgruppen wieder. Wer immer in der Lage ist, die Situation in den verschiedenen Landesteilen zu studieren, muß zu dem Ergebnis kommen, daß die gute Hälfte des Volkes (einschließlich der meisten Frauen) heute hinter Hitlers Person steht, obgleich kaum 40 Prozent den Nationalsozialismus billigen und nicht einmal 20 Prozent auf der Seite von Hitlers Leutenants — wie Göring, Göbbels, Rosenberg und Frick — stehen.

Dieses Ergebnis wird bekräftigt durch die Ausbreitung der illegalen Propaganda, die seit vielen Monaten in Deutschland getrieben wird und ständig wächst — trotz aller Anstrengungen der Geheimen Staatspolizei, sie zu unterdrücken und trotz Verfolgung und Terrorismus. Von der Bevölkerung wird jeder Form der illegalen Propaganda ein bemerkenswertes Interesse entgegengebracht, besonders, wenn Nachrichten verbreitet werden, die deutsche Zeitungen nicht veröffentlichen dürfen; und diese Propaganda wird von fünf verschiedenen Gruppen betrieben, es sind die folgenden:

1. Kommunisten verschiedener Meinungsschattierungen. Wenn man über diesen Punkt mit den Führern des Naziregimes debattiert, wird einem immer versichert, daß die einzig ernsthafte Opposition von den Kommunisten komme. Es ist Tatsache, daß die Verfechter kommunistischer Ideen eine sehr aktive, wenn auch nicht immer besonders geschickte Propaganda betreiben; aber es ist auch Tatsache, daß diese Ideen nie weniger Wurzeln im Volke schlagen konnten als heute. Das Schlagwort »Diktatur des Proletariats« findet kein Echo mehr. Einerseits haben die arbeitenden Klassen begriffen, wie stark der politische Einfluß des Mittelstandes in Deutschland ist, andererseits erklären Industriearbeiter und Handwerker offen, daß sie mit keiner Diktatur etwas zu tun haben wollen, wie immer sie heißen mag, weil sie unter der Nazidiktatur zu schwer gelitten haben. Die deutschen Arbeiter sind gewiß keine Revolutionäre in dem Sinne, daß sie für irgend eine abstrakte Idee ihr Leben, ihre Familien und die bewährten sozialen und materiellen Errungenschaften, die sie durch die Gewerkschaften und durch jahrzehntelange politische Kämpfe gewonnen haben, opfern möchten. Diese Arbeiter verlangen vor allem ständige Beschäftigung und Nahrung. Das soll nicht heißen, daß sie nicht mit gewissen sozialistischen Forderungen einverstanden wären, wie z. B. Aufteilung der großen Landgüter und Einschränkung der kapitalistischen Monopole. Aber es ist ein weiter Weg von diesen Forderungen bis zur Dik-

tatur des Proletariats; und diesen Weg, davon bin ich überzeugt, wird der deutsche Arbeiter nicht gehen. Wenn die kommunistische Gefahr vor Hitlers Machtergreifung klein war, so kann man heute kaum von ihr sagen, daß sie existiert oder in Zukunft existieren wird.

2. Die Sozialisten. In ganz Deutschland findet man eine lebhaft Agitation, die von der sogenannten »Sozialistischen Aktion« betrieben wird, das heißt, von den Mitgliedern der früheren Sozialdemokratischen Partei, deren Hauptquartiere jetzt außerhalb Deutschlands liegen. Der Hitlerismus hat das Gerüst dieser Partei beinahe unberührt gelassen. Sie hat noch Millionen von Anhängern, auch unter den Jungen, die sehr still und zäh gegen den Nationalsozialismus arbeiten und gleichzeitig gegen die Kommunisten, die von den Sozialisten als schlimmste Feinde der Weimarer Republik und als Wegbereiter Hitlers angesehen werden. Nach der Reinigung vom 30. Juni machte diese »Sozialistische Aktion« in der SA Fortschritte, und die SA treibt in manchen Gegenden eifrig die illegale Propaganda weiter. Ungeachtet der persönlichen Gefahr tun diese Propagandisten ihre Arbeit in der Hauptsache mündlich, aber sie verteilen auch Flug-schriften. Wenn es der Geheimen Staatspolizei gelingt, eines solchen Propagandisten habhaft zu werden, wird immer die Ergreifung eines »kommunistischen Agitators« gemeldet. Das stimmt mit der grundsätzlichen Praxis der Nazis überein, alle Opposition auf der Linken als »kommunistische« zu behandeln. Aber in Wahrheit wissen die Naziführer sehr genau, daß die Sozialisten ihre wirksamsten und am schwersten greifbaren Feinde sind. Das beweisen verschiedene Wutausbrüche in

der offiziellen Nazizeitung, dem »Völkischen Beobachter«.

3. Die dritte Oppositionsgruppe wird von Otto Straßer geführt, dem Bruder von Hitlers früheren Bundesgenossen Gregor Straßer, der am 30. Juni gemordet wurde. Otto Straßer trennte sich vor Jahren von Hitler, und während er eine andere Form des Nationalsozialismus anerkennt, verwirft er den Antisemitismus. Er betreibt seine Propaganda in einer Flugschrift, die im Ausland gedruckt und in beachtlichen Mengen nach Deutschland geschmuggelt wird. Sein Ziel ist, solche Nationalsozialisten um sich zu sammeln, die sich nach dem 30. Juni von Hitler abwandten, und es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß er unter den Bauern und kleinen Landeigentümern Fortschritte macht.

4. Die frühere Zentrumsparterie und die römisch-katholischen Christen halten im allgemeinen an ihrer stillen, aber ausdauernden Feindschaft gegen das Hitlersystem fest, obgleich sie sich, soviel ich feststellen kann, von illegaler Propaganda zurückhalten. Zwischen den verschiedenen Gruppen der katholischen Bevölkerung scheint eine Art stillschweigender Uebereinkunft zu bestehen, gegen den Nationalsozialismus auf religiösem Gebiet und in Gewissensfragen zu opponieren. Die Art, in der die »Hitler-Jugend« dem Christentum abspenstig gemacht wird und die Agitation der »Deutschen Glaubensbewegung« haben den Boden bereitet, auf dem die stille katholische Propaganda erstarkt.

5. Die fünfte Gruppe wird von den Oppositionellen des konservativen Mittelstandes gebildet, einschließlich all jener Unorganisierten, die das gegenwärtige System aus politischen,

wirtschaftlichen oder religiösen Gründen verwerfen. In diesem Zusammenhang ist die Spaltung in der evangelischen Kirche außerordentlich bedeutsam und die Feststellung ist nicht übertrieben, daß der Sieg der »Bekennniskirche«, der in der Absetzung Dr. Jaegers, »Rechtswalter« des Hitlerschen Reichsbischofs Müller, zum Ausdruck kam, ein Ereignis von großer politischer Bedeutung war. Sollte der evangelischen Opposition die Entfernung des Reichsbischofs Müller gleichfalls gelingen, so hätte sie einen vielleicht entscheidenden Sieg über Hitler selbst erfochten.

Innerhalb der Mittelstands-Opposition gehört die eigentliche Führerschaft den »Volksmonarchisten«, d. h. den Anhängern jener Tendenzen, die von dem am 30. Juni ermordeten General Schleicher verfochten wurden. Dieser Mord und die Ermordung anderer bekannter Persönlichkeiten machte einen verheerenden Eindruck auf die Krise, in denen die diplomatischen und wirtschaftlichen Folgen der deutschen Isolierung voll verstanden werden.

All diese Gruppen und Richtungen haben ein einziges Ziel — den Sturz des nationalsozialistischen Systems — und es darf als gewiß gelten, daß Beziehungen zwischen einigen dieser Gruppen bestehen und stärker werden. Weder durch »Versöhnungsfeldzüge«, noch durch Görings »eiserner Faust« wird es Hitler gelingen, ihrer Herr zu werden. Der Abgrund zwischen ihnen und dem Nationalsozialismus ist zu tief, besonders aber der Abgrund zwischen ihnen und dem Begriff »Totaler Staat«. Alles in allem besteht kein Grund, die Aussichten des Hitlerregimes als rosig zu bezeichnen.

# Das Elend der Saarflüchtlinge

## Eine Anklage an Europa und den Völkerbund!

Alle Befürchtungen, die man hinsichtlich der Flüchtlinge von der Saar nach einem Siege Hitlers hegte, sind durch die Wirklichkeit furchtbar übertroffen worden. In die lothringischen Grenzorte ziehen in kaum unterbrochenen Strömen Männer, Frauen und Kinder, weil sie sich vor dem braunen Terror nicht mehr sicher fühlen. Allein in Forbach, einer kleinen Stadt dicht an der saarländisch-lothringischen Grenze, sind bisher nahezu 3000 Emigranten eingetroffen, kaum mit dem notdürftigsten Gepäck, viele mit nichts anderem, als dem, was sie gerade auf dem Leibe hatten.

Mit tiefer Erschütterung sieht die lothringische Bevölkerung die Elendszüge kommen und sucht nach Möglichkeit zu helfen. Die französischen Behörden haben eine umfassende und sorgfältige Vorbereitung zur Aufnahme der Flüchtlinge getroffen, die von hier aus nach dem Süden Frankreichs, zunächst nach Toulouse, im Sonderwagen weiterbefördert werden. Aber diesen Massen in dieser Not sind die geschaffenen Einrichtungen zur Aufnahme und zur Verpflegung kaum gewachsen. In der Forbacher Turnhalle, dem Hauptsammelplatz, drängen sich Männer, Frauen und Kinder so dicht, daß sehr viele in den

kommenden Nächten kaum eine Gelegenheit zum Sitzen haben werden. Die Kinder müssen in Strohsäcken auf der Bühne schlafen. Dabei spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Wahrscheinlich werden in Kürze auch Kasernen zur Unterbringung der Flüchtenden bereitgehalten.

Dabei scheint alles erst ein Anfang zu sein. Das allerschlimmste wird erst für die Tage nach der offiziellen Rückgliederung am 1. März gefürchtet.

Es ist die erste ganz überwiegend proletarische Emigration der neueren Geschichte, mitten im Herzen Europas. Sie bedeutet zugleich eine schreiende Anklage gegen den Völkerbund, dessen Saarregierung Tausende und aber Tausende schutzlos läßt.

Die Polizei, die der Regierungskommission untersteht, wagt nicht, die Gegner der Rückgliederung gegen Bedrohung und Gewalt zu beschützen. Die Beamten befürchten, selbst, wenn sie den guten Willen zum Eingreifen hätten, daß sie nach der »Heimkehr« des Saargebietes ihres Amtes enthoben und sofort durch »alte Kämpfer« ersetzt werden würden. Die überwiegende Mehrheit der Polizei steht ganz offen im Dienste der braunen Front,

Der Chef der Polizei, Direktor Heimburger vom Ministerium des Innern, ist vollkommen isoliert und wird bei allen amtlichen Meldungen völlig übergangen. Er empfängt seine Informationen über die Zustände im Lande von ausländischen Journalisten, die in heller Empörung über den Zusammenbruch der Polizeigewalt in einem dem Völkerbund als Treuhänder übergebenen Lande sind. Dies alles geschieht unter den Augen der internationalen Truppen, die untätig in den Kasernen und Unterkünften festgehalten werden.

In den gleichen Stunden, in denen der Völkerbundsrat feierlich die Rückgliederung des Saargebietes an Hitlerdeutschland beschloß, müssen tausende angeblich geschützter Saarländer in bitterstem Elend und zerquält von ihrem ungewissen Schicksal die Heimat verlassen...

Die Saaremigration ist ein Weltskandal. Sie steht im krassen Gegensatz zu den feierlichen Versicherungen des Reichskommissars für das Saargebiet, des Gauleiters Bürckel, des Kommerzienrates Röchling und der andern Größen der »Deutschen Front«, die den fremden Journalisten immer wieder beteuerten, daß aus dem ganzen Saargebiet

# Die große Futterkrippe

Wer sich in Hitler-Deutschland mästet — Volkswohlstand tief gesunken, aber gewaltige Inflation des Behörden-Apparats und des Beamtentums

nur 100 Menschen emigrieren müßten. Greift der Völkerbund nicht schnellstens ein, so ist er für alle Zeit neben dem »Dritten Reich« mitverantwortlich für das Elend der Saaremigranten.

Aus Neunkirchen erfahren wir: Kaum war das Ergebnis bekannt, so setzte der ohnedies schon schlimme Terror der Nazis verstärkt ein. Einige Minuten nach der Bekanntgabe mußte unter dem Druck der Nazis die Buchhandlung der Partei, die sich unmittelbar bei dem Volkshaus befindet, geräumt werden. Das Volkshaus konnte man kaum mehr verlassen, ohne angepöbelt zu werden. Die Nazis standen davor und fotografierten die Leute, die aus- und ein gingen. Den ganzen Tag über versammelten sich Gruppen vor dem Hause, die eine drohende Haltung einnahmen und ihre Sprechöhre riefen. Alle diese Dinge steigerten sich natürlich gegen Abend, als der Fackelzug der Deutschen Front marschierte.

Viele Genossen aus den Nachbarorten trafen im Volkshaus ein, weil sie sich vor dem Terror der Nazis schützen mußten. Andere verbrachten die Nacht im Walde, weil man sie in der Wohnung bedrohte. So kamen im Volkshaus Neunkirchen am Mittwoch morgens 5 Uhr eine Anzahl Frauen an, kleine Kinder auf dem Arm und suchten Schutz. Sie waren aus Niederhexbach. Man hatte ihnen die Fensterscheiben der Wohnungen zertrümmert und brennende Fackeln in die Wohnungen geworfen. Das Volkshaus glich einem Flüchtlingsasyl.

Die Polizei machte auch nicht die geringste Geste, um diesen Leuten etwa Schutz zu gewähren. Im Gegenteil, diese Übergriffe wurden wohlwollend geduldet. Man sah größere Abteilungen der Polizei im Fackelzug der Deutschen Front mitmarschieren. Beamte, die an den Straßen postiert waren, erhoben während des Vorbeimarsches die Hand zum Hitlergruß. Man hatte den Eindruck, als sei die Rückgliederung schon offiziell vollzogen. Eine große Anzahl von Genossen hat unter diesem Eindruck Asyl in Frankreich genommen.

## Der Alkoholangriff auf die SS

Wollte man den deutschen Zeitungen Glauben schenken, so hat sich auf dem großen Friedensbankett in Berlin folgendes zugetragen: der Reichswehrminister hat eine Molle spendiert, und die SS, akademische Jungens, die sich nicht lumpen lassen, haben sich durch Aushändigung ihrer Waffen revanchiert. Wie haben wir denn die Molle getrunken?

Das ist zu dick aufgetragen, es wird schon wieder ungläublich! Das steht ja fast auf einer Stufe mit der Rede Görings, wonach keine Regierung einiger sei als die deutsche. Wir haben nichts getrunken, und darum glauben wir weit eher, daß die Gerüchte zutreffend sind, wonach es in Magdeburg und Breslau zu Schießereien kam, als Reichswehrgenossen das feierliche Versprechen des Bierabends einlösen und die Waffenlager ausheben wollten. Offenbar hatten die SS-Leute inzwischen einen Rollmops gegessen und bei nüchterner Betrachtung der Dinge festgestellt, daß sie eigentlich furchtbar schlecht getauscht haben.

Die Reichswehr hat das Bier nur spendiert — aber nicht getrunken. Das überließ sie den anderen, sie hat die SS geschluckt! Sie hat auf der ganzen Linie gesiegt. Die kleine Armee ist gut! Früher haben die Schwarzen sich und anderen weis gemacht, sie werden mit der Reichswehr auch noch fertigwerden. Das haben sie so feierlich und ebenso berauscht betont, wie sie sich nun entwaffnen ließen.

Drei Regimenter bleiben übrig, drei Standarden. Aber die Reichswehr hat ihnen nicht nur die Waffen weggenommen, sondern auch das Versprechen gegeben, daß sie als Mannschafersatz berücksichtigt werden. Das kann schon sein, denn einige von den Kerlen sind sicher doch brauchbar und entwicklungs-fähig. Wenn die meisten erst merken werden, daß sie nicht zu den wenigen gehören, werden sie schimpfen, daß sie die Maschinen-gewehre nicht benutzt, sondern in »himmlischer« Einfachheit abgeliefert haben — für eine einzige Molle! Nun, Alkohol hat im Kriege ja immer eine große Rolle gespielt, aber daß man nur mit ihm und fast ohne jeden Schuß eine Armee erledigt, ist eine völlig neue Taktik, die in die Kriegsgeschichte eingeführt zu haben, das bleibende Verdienst der deutschen Reichswehr ist.

## Ablösung folgt

»Sofort arischer Teilhaber zur Ablösung eines ... nicht mehr tragbaren Nichtariers gesucht.«

(Reichsdeutsches Inserat.)

Er hat es getragen so manches Jahr — und jetzt wird er kein Feld mehr haben.

Als die Nazis in der Maienblüte ihrer Propaganda-Demagogie jedem alles versprochen, fand sich unter den vielen Parolen natürlich auch die Vereinfachung der Verwaltung — Schluß mit der Krippenwirtschaft der schwarzen Bonzen! Nun, sie haben, zur Macht gelangt, die Verwaltung ebenso wenig vereinfacht, wie sie die Zinsknechtschaft zerbrachen! Daß die braunen Ausbeuter Deutschland zu einem Dorado der Postenjäger, Futterkrippen-Eroberer und Parasiten gemacht haben, hat endlich sogar das in künstlicher Dummheit gehaltene deutsche Volk gemerkt. Der Prunk und Pomp der Bonzen von Hitlers Gnaden fiel allmählich den Zahmsten auf, ebenso wie man erkannte, daß plötzlich fast alles, was ein Nazi-Parteibuch besessen hatte, mit einem Schlage herrlich und in Freuden auf Staatskosten zu leben begann. Doch kann man sich allein aus den noch so vielen Details dieser schwarzen Bonzenwirtschaft noch kein richtiges Bild von ihr machen; ihr erschreckender und ruinöser Umfang wird erst sichtbar, wenn man sich durch den ganzen Dschungel des neudeutschen Aemter- und Behördenapparats zu winden versucht. Alles, was seit dem 30. Januar 1933 an Posten und Pöstchen, Aemtern und Behörden auf dem braunen Misthaufen gewachsen ist, läßt sich unmöglich aufzählen; es sei denn, man würde gleich ein dickleibiges Nachschlagewerk veröffentlicht. Eines der vielen unergründlichen Geheimnisse Hitler-Deutschlands ist, wie die Herren Ober-, Unter- und Nebenführer sich in diesem Labyrinth überhaupt noch zurechtfinden, geschweige denn, der heimgesuchte Bürger. Für das heillose Behörden-Durch-einander und »Gegeneinander«, das heute in dem Ordnungsaustaat Deutschland herrscht, gibt es unzählige Beweise.

Als das »fluchbeladene Weimar-System« nach vierzehnjährigem »Schmach-Regime« verschwand, gab es in Deutschland rund dreieinhalb Millionen Beamte, also Arbeitnehmer, die entweder von Reichs-, Staats- oder Kommunalbehörden fest besoldet wurden und alle Beamtenrechte genossen. Gewiß, der Verwaltungsapparat war damals schon ziemlich kompliziert und gab manchem Bürger, wenn er mit ihm in Berührung kam, eine harte Nuß zu knacken. Doch es war ein geradezu paradiesisch einfacher Zustand gegenüber dem heutigen Chaos. Die Hitler-Regierung hält selbstverständlich, so weit sie nur kann, alle Endziffern zurück; und da sie, nicht wie frühere Regierungen, in ihrer Selbstherrlichkeit keinem Parlament eine Haushalts-Abrechnung vorzulegen braucht, läßt sich alles verschleiern. Man muß sich deshalb an dürftige Ziffern-Angaben anderer Stellen halten, wenn auch diesen gegenüber der Verdacht der absichtlichen Irreführung durchaus gerechtfertigt ist. Nach den letzten Angaben der Deutschen Arbeitsfront, der ja zwangsweise alle arischen Arbeitnehmer angehören müssen, hat die Hitler-Regierung immerhin die imponierende Leistung vollbracht, fast jeden zwölften Deutschen von Staats wegen zu versorgen, das heißt ihn zu einem Beamten zu machen!

Es gibt nämlich heute in Deutschland weit mehr als fünf Millionen Beamte der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden! In diese Ziffer sind noch lange nicht eingerechnet all die großen und kleinen Würdenträger, »Kommissare« und sonstigen Sa-trapen des Dritten Reiches, deren Bezüge insgesamt ja auch eine ganze hübsche Menge Kleingeld ausmacht!

Ja, man hat nach dem Machtantritt die Verwaltung »vereinfacht«: Man hat, wo man nur konnte, die Beamten mit verdächtiger Gesinnung hinausgeworfen und sie vielfach gleich durch zwei Inhaber alleinseligmachender brauner Parteibücher ersetzt. Man hat auch, wie man weiß, die Verwaltung durch die Umwandlung der Länder in Reichsgaue »vereinfacht« und ebenso durch die Übernahme großer Teile der Landesregierungen auf das Reich. Doch wie das für das den braunen Gängstern zu jeder Brandschatzung überlassene Reichssäckel aussieht, sei nur an einem Beispiel illustriert: Hitler hat bekanntlich, nachdem noch einundzwanzig seiner besten Freunde ganz groß zu versorgen waren, diese zu Reichsstatthaltern ernannt. Darunter auch den wegen Ordensschwindsels, Urkundenfälschung und ähnlicher Delikte vorbestraften Hamburger Gauleiter Kaufmann. Die Herren Reichsstatthalter beziehen heute das Gehalt eines Reichsministers, das sind netto 36.000 Reichsmark. Außer diesen 3000 Mark Monatsgehalt, hat Herr Kaufmann noch folgende monatliche Einkünfte: Gehalt

als Gauleiter (das ja praktisch auch aus der Reichskasse kommt) 2000 Mark, Aufwandsentschädigung als Reichsstatthalter 750 Mark, Diäten als Reichstagsabgeordneter 560 Mark. Insgesamt also bezieht Kaufmann schon nach offiziellen Angaben monatlich 6310 Mark. Da er aber mit diesem Einkommen selbstverständlich noch nicht standesgemäß leben kann, erhält er dazu noch einen monatlichen Wohnungszuschuß von 300 Mark, ferner freie Beheizung und ein Dienstauto! Doch dieser Kaufmann ist ja noch ein Waisenknabe an Einnahmen neben Göring, dem Lametta-Hermann, der allein aus seinen beiden Hauptämtern als Reichsminister und preussischer Ministerpräsident ein Jahresgehalt von 95.000 Mark bezieht, dazu kommen noch hübsche runde Summen aus seiner »Tätigkeit« als Reichstagspräsident, Reichsjagdmeister und Reichsforstmeister. Selbstverständlich, daß Görings Luxuswohnung am Leipzigerplatz aus Staatsmitteln erhalten wird, wie auch sein ganzer Prunk, da er ja der Repräsentation des Dritten Reiches dient, von der öffentlichen Kasse honoriert werden muß. Schließlich kann er ja auch beanspruchen, daß er erheblich besser gestellt ist als sein Liebling, der Staatstheater-Intendant Gründgens, dem er ja »nur« 100.000 Mark Jahresgehalt zahlt!

Doch was bedeuten schon diese Lappalien angesichts der Unsummen, die der wahnwitzig aufgeblähte Aemter- und Behörden-Apparat verschlingt! Offiziell wird selbstverständlich immer der Anschein erweckt, als ob ein strenger Unterschied zwischen Reichs- und Parteikasse bestünde! In Wirklichkeit ist es aber längst offenes Geheimnis, daß all die halb-offiziellen Stellen, die sich ganzamtliche Befugnisse anmaßen, nichts anderes als Futterkrippen für soundsoviel Parteibonzen sind, die im Dritten Reich an Hitler einen Anspruch auf staatliche Versorgung haben. Da ist, zum Beispiel, die großartige Verwaltung des »Reichsnährstandes«, der bekanntlich in Goslar sein Hauptquartier aufgeschlagen hat und allein in diesem nicht weniger als über 2000 Mann beschäftigt. Ganz zu schweigen von den unzähligen Nebenämtern des Reichsnährstandes: So dem »Stabsamt des Bauernführers«, der »Reichsstelle für die Auswahl deutschstämmiger Bauern«, dem »Reichsamt des Reichsbauernführers«, dem »Stabsamt der Landesbauernschaft«, der »Reichsstelle kraftfahrender Fleischer«, und ähnlichem. Das alles aber sind nur Zweigstellen des Reichsnährungsministeriums, da das nicht reicht, ist neuerdings auch noch ein »Amt für Brauchtum« geschaffen worden, das den deutschen Bauern echt deutsche Art beibringen soll. Wer zählt die »Reichskammern« aller Art — Reichstheaterkammer, Reichsmusikkammer, Reichsarchivkammer, Reichskulturkammer, Reichsfilmmuseum usw. sind nur einige von diesen Dunkelkammern! — die heute immer dann geschaffen werden, wenn einige Parteihäuptlinge noch schnell zu versorgen sind.

Wie gesagt: Es ist unmöglich, alles aufzuzählen, man kann nur einige illustrative Beispiele anführen: Es gibt jetzt ein »Reichs-S.A.-Hochschulamt«, das dem Portemonnaie seines Leiters gut bekommt. In einem »Reichsführeramts« — das nichts mit der so vorzüglichen Reichsführung zu tun hat, sondern nur so heißt — werden offenbar die künftigen Reichsführer Deutschlands mit allen einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches vertraut gemacht. Herr Göring hält sich neben seinem Reichsluftministerium natürlich auch noch ein Reichsluftschutzamt, ebenso wie Göbbels sich nicht mit dem Propagandaministerium allein begnügt und auch mit den Einnahmen aus vielen Aemtern zufrieden sein kann und deshalb noch einige Nebenkommisariate, so für Theater, Film usw. mit gutem Erfolge für sein Bankkonto verwaltet. Wo was ist, muß selbstverständlich sofort ein Reichs- oder Staatskommissar sitzen, voran der Staatskommissar für Berlin, jener Lip-pert, dem noch 1932 ein Berliner Gericht in einem Urteil eine besonders ehrlose Gesinnung attestierte. Reichsforstmeister Göring ist, wenn es sich um seine eigenen Belange handelt, absolut gegen Verfehlungen, deshalb hat er auch noch eine besondere Landesforstverwaltung. Die »Reichsstelle zur Pflege des deutschen Gesellschaftstanzes« gehört selbstverständlich zum Aufgabengebiet des Herrn Göbbels. Ob auch die »Reichsstelle deutscher

Hebammen«, ist ungewiß. Das Reichswirtschaftsministerium kann es neuerdings nicht unter fünf Reichskommissaren machen.

Da man ja so deutsch und christlich ist, hat man selbstverständlich eine eigene Reichskirchenregierung mit verschiedenen Nebenämtern — Reichskirchen-kammer, Reichskirchenführung, Reichskirchenrat usw. — geschaffen. Auch die »Reichsleitung deutscher Christen« kann nicht nur vom Wetanglauben leben. Die Jugend braucht natürlich ein »Reichsjugendführungsamt«. Damit die Deutschen endlich ihre Belange kennenlernen, gibt es jetzt ein »Reichsamt für Volkstum und Heimat«. Doch teilt es sich in der Wahrnehmung der Belange mit dem »Reichsamt für Rasen-Gesetzgebung«. Der »Reichssportführer« muß natürlich in allen Reichsgauen Reichssportunterführer haben, die ihrerseits wieder nicht ohne Aemter für Reichssport auskommen können. Was übrigens, um es nachzutragen, Göring in seinem Reichsluftministerium auch nicht kann, weshalb er, über das ganze Reich verteilt, sechzehn Reichsluftämter errichtet hat.

Da es sich im Dritten Reich bekanntlich nur um Ehrenmänner handelt, ist es eigentlich unerfindlich, wozu es noch eine besondere »Reichsüberwachungsstelle der NSDAP« gibt und gar ein »Amt für Grundsatzstreue«. Was die »Reichstauschstelle« bezweckt, ob Hitler etwa in ihr das alte Nazi-Programm gegen Schacht zehn Gebote eingetauscht hat, ist unergründlich. Unter einem »Stabsamt« macht es bekanntlich heute kein deutscher Führer — und sei es auch nur der Führer der »Fachschaft Käses«. Was wunder also, daß Hitlers alter Gönner und Geldspender, der Herzog von Koburg — im Dritten Reich Reichskommissar der »Fachschaft Autos« — ein »Stabsamt des Herzogs von Koburg« hat. So könnte man endlos in der Aufzählung fortfahren, denn nichts ist im Dritten Reich zu »blöde«, und nicht »gleich zu einem Amt« erhoben zu werden.

Man kann auch nicht einmal den schüch-ternen Versuch machen, all die Aemter und Kommandostellen mit mehr oder minder behördlichen Charakter zu nennen, mit denen die NSDAP heute einer Heuschreckenplage gleich, das Reich überzogen hat. Schon allein die »zivilen« Aemter würden ganze Seiten füllen; ganz zu schweigen von denen der SA und SS!

Für den Bereich Berlin alleine füllen die »Parteilgliederungen« der NSDAP nahezu zwei enggedruckte Seiten des Fernsprechverzeichnisses! Selbstverständlich fließen die Gelder für die Unterhaltung dieses überdimensionalen Apparates nur aus der Reichskasse — man muß es ja glauben, denn Hitler hat es doch gesagt! Niemals würde es doch, beispielsweise, ein Hitler der Reichskasse zumuten, den Aufwand für das »Außenpolitische Amt der NSDAP« zu bestreiten, da dieses ja für seine weltumspannenden Zwecke den ganzen nach der Wilhelmstraße gelegenen Flügel des Hotel Adlon besetzt halten muß.

Unter Göbbels Patronanz muß es sogar eine besondere »Reichsfachschaft der Erfinder« geben. Vom Käse war schon die Rede, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich zu jedem Belang sofort die Fachschaft findet.

Um alle Besorgnisse zu zerstreuen, daß das deutsche Volk eines Tages, Gott behüte, etwa ohne Führer bleiben könnte, gibt es noch eine amtliche »Reichsführerschule«. Es ist also unleugbar, daß die Macht-haber des Dritten Reiches für alles gesorgt haben. Für sie gibt es kein Kopfzerbrechen mehr. Und schließlich: Wozu haben sie die Reichsschuldenverwaltung?

## Das Kultursterben

Wie die rein nationalsozialistische Bres-lauer Stadtverwaltung mitteilt, ist beschlossen worden, eine der beiden Breslauer Schauspielbühnen zu schließen. Die Abendkassen des zur Schließung bestimmten Theaters, so heißt es in der Begründung dieses Beschlusses, decken noch nicht annähernd die Un-kosten. Auch das andere Theater, das vorerst noch weitergespielt soll, verkauft, so sagt die Stadtverwaltung, von 1300 Sitzplätzen selten mehr als 300.

Natürlich — Herr Johst hat es ja gesagt: »Wenn ich das Wort Kultur höre, entschei-ich meinen Browning.«

# Die Niederlage an der Saar

Die Abstimmungsberechtigten im Saar-gebiet haben sich mit über 90 v. H. für die sofortige Rückgliederung nach Deutschland entschieden. Für Frankreich wurden nur rund 2000 Stimmen abgegeben, nicht einmal ein halbes vom Hundert der Abstimmungsberechtigten. Die Entscheidung ist also kategorisch deutsch. Als deutsche Lösung war allerdings auch der Status quo gedacht, der die Rückkehr nach Deutschland bis zur Wiederherstellung eines deutschen Rechtsstaates aufschob. Die gewaltige Mehrheit hat die sofortige Rückgliederung durchgesetzt, nicht weil sie das derzeitige Regierungssystem im Reich billigte, sondern weil sie trotz dieser Regierungsart glaubte, jede Zwischenlösung ablehnen zu müssen.

Die Höhe der Stimmenzahl für die sofortige Rückgliederung kam für alle überraschend. Die Tatsache, daß die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Einheitsfront oder Volksfront ebenso wie die oppositionellen Katholiken und die Autonomisten eine harte Niederlage erlitten haben, steht fest. Die gesamte sozialistische Bewegung wird daraus ihre Lehren zu ziehen haben. Hier sollen nur einige Erklärungen aus den Verhältnissen im Saargebiet selbst versucht werden. Skeptische Beurteiler, die nicht durch den Lärm des Kampfes betäubt waren, haben wohl kaum dem Status quo jemals mehr als 30 v. H. der Stimmen zugesprochen. Am Tage der letzten Volksabstimmung wurde eine Woche vor der Abstimmung durfte man auf diesen Prozentsatz noch rechnen. Der Absturz bis zum Zusammenbruch kam erst in der letzten Woche. Zu dem landesüblichen offenen und stillen Terror, zu der riesenhaften Anspannung der reichsdeutschen Propagandamaschine mit ungezählten Finanzmitteln gegen erschöpfte Kassen der Volksfront, zu den stündlichen Lügen des reichsdeutschen Rundfunks kam nun die Beherrschung der Straße durch die »deutsche Front«. Man darf nicht vergessen, daß so gut wie die ganze Verwaltung und Exekutive schon seit vielen Monaten gleichgeschaltet ist. Nun ließ auch die Völkervereinigung die Zügel schleifen. Sie stellte die bei der »deutschen Front« verhafteten »Emigranten«, das heißt republikanische reichsdeutsche Beamte in der Verwaltung und in der Polizei kalt. Die Regierungskommission fügte sich etwa seit dem 8. Januar dem Straßenterror der »deutschen Front« und deren gefürchtete SA und SS, wurde als »Ordnungsdienst« anerkannt und zu Absperrungsmaßnahmen und zu verkehrspolizeilichen Diensten herangezogen. Die Wirkung auf die politische wenig gefestigte Saarbevölkerung die ohne nennenswerte politische und gewerkschaftliche Tradition ist, war furchtbar. Eine Psychose breitete sich aus. Man glaubte weithin, der Sieg Hitlers und Deutschlands sei nicht mehr aufzuhalten, und es sei nutzlos und gefährlich sich für den Status quo zu exponieren.

Nur die Funktionäre der Volksfront standen wie die Mauern und taten bis zum und noch nach dem Abstimmungstage ihre volle Pflicht. Der christliche Volksbund hatte überhaupt nicht vermocht, einen Funktionärskörper zu entwickeln.

Die Unsicherheit erhöhte sich, als mehr und mehr deutlich wurde, daß die als Völkervereinigung entsandten Truppen sich auf die Abhaltung von Platzkonzerten beschränkten und die Regierungskommission weit davon entfernt war, sich etwa statt auf die hinfällig gewordene Polizei auf die Truppenkontingente zu stützen. Die Regierungskommission hat die Truppen vom Völkervereinigung wohl nur angefordert, um einen Einmarsch reichsdeutscher Formationen oder einen Putsch aus dem Saargebiet selbst zu verhindern, aber sie war nicht gewillt, mit Hilfe dieser Truppen, sei es auch durch entsprechende Demonstrationen die freie Entwicklung des Abstimmungskampfes zu sichern.

So hatten denn die Anhänger des Status quo zuletzt nicht nur die »deutsche Front« mit ihrer gewaltigen agitatorischen Überlegenheit, sondern auch die gesamte Verwaltungs- und Polizeirekutive gegen sich. So war die Niederlage unausweichlich. Ihr Ausmaß freilich blieb auch für Festmisset überraschend.

Es kam mancherlei zusammen, was einen Sieg des Status quo ausschloß. Zunächst die Unklarheit, wie eigentlich in Zukunft die politische und wirtschaftliche Verfassung im Saargebiet aussehen sollten. Zwar hatte der Völkervereinigung einige völkerrechtliche Formulierungen gegeben, hinter

denen juristische und politische Spekulation einige Zusagen für ein demokratisch und frei verwaltetes Völkervereinigung finden konnte, die Masse der Abstimmungsberechtigten sah aber nur die Fortdauer der reichlich unpopulären Regierungskommissionen, eines mit einer saarländischen Ausnahme fremdländischen Ministeriums mit einem übersetzten teilweise aus Ausländern bestehenden Beamtenapparat. Nicht gerade ein begehrtetes Ziel. Dazu kam, daß die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung für die breiten Massen trotz der Zusagen von Laval, Litwinow und Benech in Genf problematisch und umstritten blieb. Die Möglichkeit einer späteren Rückkehr zum Reich wollten sich aber 99 v. H. der Bevölkerung sichern.

Für den Status quo fielen von vornherein eine sehr wichtige Gruppe der Arbeiter aus, nämlich die Bergleute der französischen Gruben, von denen kaum 1 v. H. Werbematerial überhaupt nur annahm. Die anderen lehnten es ab, mit der einfachen Begründung: »Wir sind deutsch«. Allerdings verbarg sich dahinter ein sehr realer Gegensatz. Die Bergleute sehen in der französischen Grubenverwaltung ihren Ausbeuter und wollen diesen Zustand ändern in der vagen Hoffnung, daß es beim preußischen Bergwerks besser werden würde.

Wirtschaftliche Erwägungen spielten nicht die erwartete Rolle. Allerdings kommt da hinzu, daß die Saarländer weniger die Möglichkeit hatten als die Reichsdeutschen den krassen Unterschied zwischen Propaganda und Wirklichkeit im Dritten Reich kennen zu lernen. Erst in jüngster Zeit wurden sie kritischer gegenüber den Verhältnissen drüben. Das trifft aber auch mehr auf die Geschäftsleute zu als auf die

Arbeiter, Angestellten und Beamten, die sich im Saargebiet nationalsozialistischen Ideologien sehr geneigt zeigen. Aber auch wenn wir die nationalsozialistische Überstärkung abziehen, können wir zu der Feststellung, daß die nationale Geschlossenheit und der Volkstumsgedanke sich als eine gewaltige Kraft erwiesen haben. Der deutsche Politiker, der sie auch in Zukunft noch leugnen oder glauben wollte, nicht mit ihr rechnen zu müssen, schaltet sich aus seinem Volke aus und ist zur Sektiererei verdammt. Da wir diesen Standpunkt seit jeher vertreten haben und dafür in der klassischen Literatur des internationalen und des antinationalen Sozialismus tiefe Begründungen finden, sind wir durch den 13. Januar nicht sehr überrascht worden. Wir gestehen aber zu, daß wir die elementare Kraft des nationalen Willens noch überschätzt haben.

Die deutsche Bevölkerung an der Saar hat alle materiellen Bedenken, alle Kritik an dem derzeitigen Regierungssystem, alle Abneigung gegen die jetzigen Machthaber, selbst die religiösen Sorgen dem Willen zum deutschen Nationalstaat untergeordnet.

Das ist Tatsache. Es wäre klug und mutig, sie nicht aus Vorliebe für irgendwelche mit noch so viel wissenschaftlichem Glanz beleuchteten Ideologien bestreiten zu wollen.

Manche Leute haben viel Hoffnung auf den Katholizismus gesetzt. Wir seit der Gründung des christlichen Volksbundes nicht mehr, denn alle prominenten religiösen Persönlichkeiten hielten sich zurück. Einige im früheren Zentrum auf der Linken stehenden politischen Kämpfer traten journalistisch und rednerisch hervor. Sie konnten aber

schon wegen der Kürze der Zeit und dem Fehlen jeder Organisation nicht an das katholische Volk herankommen. Der Terror aus der »deutschen Front« war gegen dieses Häuflein Katholiken beinahe noch stärker als gegen die Volksfront. Die Geistlichkeit blieb bestenfalls neutral. Die Erwartung auf das aktive Eingreifen zugunsten des Status quo wurde nicht erfüllt. Was an Priestern öffentlich auftrat, war nicht bodenständig und hatte daher wenig Vertrauen. Die meisten Katholiken scheuten sich, in den Ruf des »Separatisten« oder »Landesverräter« zu kommen. Die katholische Jugend lehnte den Status quo so gut wie geschlossen ab, und zwar aus heroischen Gedanken und Gefühlen; sie wollte im »Katakombengeist« des deutschen Katholizismus arbeiten und kämpfen und nicht auf einem Gebiet mit Reservatrechten. Die geschlossene und in Jahrhunderten denkende Politik des Heiligen Stuhles ließ sich zu irgendwelchen Erklärungen für den Status quo nicht herbei. Das durfte niemanden wundern. Der Papst denkt universal. Seine Kirchenpolitik kann sich nicht an den Splitter Saargebiet binden. Auf der päpstlichen Weltkarte ist Deutschland ein wichtiger Faktor, und im Vatikan glaubte man wohl nicht, von der Saar her, die Kirchenpolitik gegen das »Dritte Reich« um wichtige Positionen verbessern zu können.

Die sozialistisch-kommunistische Einheitsfront kam sehr spät, erst um die Mitte des Jahres 1934. Bis dahin haben die saarländischen Kommunisten jeden Gedanken an einen Völkervereinigung Saar als separatistisch, als landesverräterisch, als kapitalistisch, als Lakaiendienst der Sozialdemokratie gegenüber der internationalen Hochfinanz und was derartige Scherze mehr sind, abgelehnt. Wir anerkennen gerne, daß sie dann rasch und gründlich umieraten und mit einer großen Energie nicht nur für den Status quo, sondern auch für weitgehende politische Demokratie, für sehr gemäßigte reformistische Ziele statt für eine Sowjet Saar und für volle religiöse Toleranz kämpften. Aber die Zeit war schon reichlich vorgeschritten, und vielleicht wurde der große Wandel auch bei vielen in der Volksmasse nicht mehr recht ernst genommen. Jedenfalls hat das Ergebnis des 13. Januar denjenigen Unrecht ergeben, die in einer Vereinigung der beiden marxistischen Arbeiterparteien automatisch eine entsprechende Vermehrung ihrer politischen Stoßkraft sehen wollen. Zwar hat die Einheitsfront an der Saar äußerlich das Versammlungswesen und die sonstige Werbearbeit aktiviert, aber über den engsten Anhängerkreis hinaus hat sie nicht werbend gewirkt. Es ist das lediglich eine geschichtliche Feststellung, die wir nicht auf alle Zeiten und auf alle Länder angewendet wissen wollen. Immerhin: wer die kommunistischen Redner in den Volksfront-Versammlungen kritisch hörte, mußte den Kopf schütteln. Da war nicht einer, der von der alten abgelebten kommunistischen Phrasologie loskommen und die Wirkung über den Funktionärskreis hinaus abschätzen konnte. Die Psychologie war miserabel.

Im Einzelnen sind hervorragende Leistungen an der Saar vollbracht worden. Die Zahl der wirklichen Kämpfer war freilich nur klein, und sie wäre noch geringer gewesen, wenn nicht eine Schar von Emigranten sie verstärkt hätte. Das große Ringen wurde in einem Landestell ausgetragen, der stets die bescheidensten Anteile an der politischen Schulung des deutschen Arbeitervolkes hatte. Daher auch die Labilität der Arbeiter, von denen viele sich dem Terror rascher und leichter fügten, als das anderwärts der Fall gewesen wäre. Ein unerhörter Glaube und eine heldenhafte Tapferkeit hat die Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt, die oft genug beinahe vereinzelt in ihrer Heimat gegen die mächtigste Diktatur der Welt und die ganze Wucht ihres Angriffs standen. Beinahe jeder dieser Männer hätte sich kaufen lassen können. Nicht einer tat es. Das bleibt ihr Ruhm.

Diese Menschen sahen wir nun mit Frau und Kindern bis zum Säugling bei Forbach und Saargemünd in bitterster Winterkälte mit einigen rasch zusammengerafften Wäschestücken über die Grenze ihres unseiner Vaterlandes in das Elend der Fremde gehen. Es waren Männer und Frauen dabei, die nahe dem Greisalter stehen, und die fast ein halbes Jahrhundert sozialdemokratische Pionierarbeit geleistet haben. Ihr Opfer beschränkt, ihre Treue verpflichtet uns. Hannes Wink

## Eigentumsverbrechen durch Gesetz Gesetzlicher Schutz für Räuber

In aller Stille hat die Reichsregierung ein Gesetz verabschiedet, das sich ganz still »Gesetz über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche« nennt. Bürgerlich-rechtliche Ansprüche werden für gewöhnlich auch in Hitlerdeutschland noch nach dem BGB entschieden. Was versteckt sich dahinter? Die Begründung sagt: Besondere Nachteile, die einzelnen durch politische Vorgänge der nationalsozialistischen Erhebung zugefügt worden sind, sollen ausgeglichen werden »soweit dieser Ausgleich nach gesundem Volksempfinden zur Beseitigung unbilliger Härten erforderlich ist.«

Also wollen die braunen Banditen zahlen? Sie wollen für zerstörte Existenzen, zertrümmerte Häuser und Möbel, verwüstete und gestohlene Waren ebenso zahlen wie für gestohlene Häuser, Unternehmungen, Zeitungen, Waren? Aber nein, im Gegenteil: sie wollen eben nicht zahlen! Dieses Gesetz ist nämlich ein Zweckgesetz. Der Gau Westfalen der NSDAP hat seinerzeit den »Dortmunder Generalanzeiger« einfach gestohlen und hat daraus die »Westfälische Landeszeitung« gemacht. Bei diesem Raub haben sich einige Nazibonzen kräftig bereichert. Die früheren Eigentümer aber klagten, und hatten auch bereits ein Urteil zu ihren Gunsten erzielt. Das neue Gesetz bestimmt nun, daß derartige Ansprüche ausgeglichen werden sollen. Ausgeglichen — das heißt nicht auf dem Rechtsweg entschieden! Nun versteht man auch den Satz: »soweit dieser Ausgleich nach gesundem Volksempfinden zur Beseitigung unbilliger Härten erforderlich ist.« Es wäre nämlich unbillige Härte, wenn der Gau Westfalen und seine reich gewordenen Bonzen für den Raub bezahlen sollten! Unbillige Härte gilt in diesem Gesetz für den Dieb, nicht für den Bestohlenen! Das »gesunde Volksempfinden« ist in dem Spezialfall, der das Gesetz hervorgerufen hat, durch das Gebrüll der westfälischen Nazis demonstriert worden. Wie wird nun aber ausgeglichen? Der Reichsinnenminister entscheidet selbst über den Inhalt des Ausgleichs. Er kann sogar anordnen, daß Gesandte zurückgewährt wird! Mit anderen Worten: nachdem die braunen Räuber sich bereichert hatten, kann er nun den Beraubten sogar die Beträge wieder abnehmen, die sie vielleicht als böhmische Abgeltung erhalten haben. Das ist nämlich der Fall beim Dortmunder Generalanzeiger! Das Gesetz trifft aber zugleich Vorsorge für eine Zeit, wo das Regime sich gewandelt haben könnte: alle Schadenersatzansprüche, die

nicht bis zum 31. März 1935 eingeklagt sind, sollen als erloschen gelten!

Die braunen Diebs- und Räuberbanden wollen ihren Raub formal-juristisch sichern. Es handelt sich nicht um Schutz von Enteignungen für Staat oder Gemeinde zum Wohle der Allgemeinheit, sondern um die Legalisierung der Bereicherung von Naziorganisationen und von einzelnen Nazibonzen durch Raub. »Die in Betracht kommenden Fälle« — so sagt die Frankfurter Zeitung in einem vorsichtigen Kommentar — »scheinen zahlreich und mannigfaltig zu sein. Kleine und große, zum Teil sehr große Summen stehen im Spiel. Es stehen nicht nur kleine und große Summen im Spiel, sondern die Frage nach der Herkunft des Reichtums der nationalsozialistischen Neureichen, die wie Pilze aus der Erde geschossen sind!

Diese wenigen Feststellungen genügen, um den Raubcharakter dieses Gesetzes zu zeigen — zugleich aber auch den moralischen Charakter der Regierung, die dieses Gesetz gemacht hat. Sie müssen sich doch sehr als Ehrenmänner vorkommen, die nichtnationalsozialistischen Herren Reichsminister, wenn sie ein Gesetz zum Schutze der eklatantesten Korruption und des räuberischen Diebstahls zugunsten einiger brauner Eigentumsverbrecher unterzeichnen, das in keinem Rechtsstaat möglich wäre, das ihnen vielmehr in jedem Rechtsstaat ein Verfahren wegen krimineller Verbrechen zuziehen würde!

### Die neue Schlacht

Göbbels hat geböhnt:

»Die Erzeugungsschlacht der deutschen Landwirtschaft ist eine recht nationalsozialistische Kampfmaßnahme zur grundsätzlichen Lösung der wirtschaftlichen Fragen, vor denen sich unser Volk befindet... Deshalb wird angeordnet; daß bis auf weiteres jeder Parteiredner in allen Parteiversammlungen auf die grundlegende Bedeutung der Erzeugungsschlacht für die Sicherung unserer Zukunft hinzuweisen hat.«

Die Ernte war schlecht — die Chance ist groß, daß die nächste besser wird. Dann kann die Nazi-propaganda wenigstens eine gewonnene Schlacht verzeichnen. Die wirtschaftlichen Fragen, vor denen sich unser Volk befindet, sind damit nicht gelöst und die Bauern lassen sich durch Göbbels »Erzeugungsschlacht« nicht über ihre wirkliche Lage im System hinwegbluffen. Aber die Nazi-redner und Nazi-prekulis wissen nun wenigstens, welches Wort sie in der nächsten Zeit zu papagelen haben.

# Wirtschaftliche Folgen der Saarrückgliederung

Die Rückgliederung des Saargebietes wirft für die saarländische wie für die ganze deutsche Wirtschaft Fragen auf, die nicht leicht zu lösen sind und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands noch erschweren werden.

Freilich, das Problem, das einst im Vordergrund gestanden hatte, wie nämlich die Kohlengruben, die durch den Versailler Vertrag aus dem Besitz des preußischen Staates in den Frankreichs übergegangen waren, von dem geld- und devisenarmen Reich zurückgekauft werden sollen, hat durch die Entwicklung selbst eine Lösung erfahren. Der Wert der Saargruben war in den früheren Verhandlungen — und schon Stresemann und Briand hatten in der berühmten Unterredung von Thoiry eine vorzeitige Rückgabe des Saarlandes ins Auge gefaßt — heftig umstritten gewesen. Die Reparationskommission hatte bald nach der Uebernahme den Wert der Gruben auf 300 Millionen Goldmark beziffert. Es war die Zeit der großen Kohlennot nach dem Kriege, die ja überhaupt zur Saarregelung geführt hatte; denn die Saargrubenförderung sollte Frankreich den Ersatz für die Produktion der durch die deutsche Kriegsführung zerstörten französischen Bergwerke liefern. Die deutschen Regierungen, in der Meinung, diese Summe würde später auf die deutschen Reparationszahlungen angerechnet werden, hatte Anfangs die Festsetzung als zu niedrig bekämpft. Als sich dann zeigte, daß die von der Reparationskommission für die Gruben ebenso wie für die abgetretenen Kolonien und Handelsschiffe eingesetzten Werte für die Reparationszahlung ganz gleichgültig gewesen waren, änderte sich der deutsche Standpunkt. Denn jetzt hatte der Fall des Rückkaufs allein noch Bedeutung und Deutschland suchte den Wert der Gruben möglichst gering hinzustellen.

## Mark für Franken

Bei den Vorverhandlungen in Genf im Dezember wurde ein Kompromiß erzielt und dies umso leichter, als ja die Zeit der Kohlennot einer Zeit des Kohlenüberflusses und der Ueberproduktion gewichen ist. Der Preis für den Rückkauf wurde auf 900 Millionen franz. Francs oder 150 Millionen Reichsmark festgesetzt. Außerdem erhält Frankreich das Recht, die Ausbeutung der an der Grenze gelegenen Warndtgruben auf die Dauer von fünf Jahren, frei von Pachtzinsen, fortzusetzen mit einer Maximalausbeute von 2.2 Millionen Tonnen jährlich. Der Wert dieser Vereinbarung ist etwa auf 50 Millionen Francs zu schätzen.

Bei der unterdessen zu so würgender Devisennot gesteigerten deutschen Finanzlage war die wichtigste Frage, wie denn nun der Transfer des Kaufpreises zu sichern wäre. Und da ist nun Deutschland ein eigenartiger Umstand zugute gekommen. Am 1. Juli 1923, auf dem Höhepunkt der deutschen Inflation, ist im Saargebiet die französische Währung eingeführt worden. Jetzt wird sofort die deutsche Währung an die Stelle der französischen treten und die im Saargebiet umlaufenden Francs müssen in Reichsmark umgetauscht werden. Wie hoch die Menge dieser Francs ist, ist nicht genau bekannt und die Schätzungen gehen weit auseinander. Einige hundert Millionen Francs wird aber die Reichsbank wohl im Umtausch gegen von ihr neu gedruckte Marknoten erhalten und damit wird das Reich, dem die Reichsbank gegen neugedruckte Schatzscheine die Francs zur Verfügung stellen wird, die Gruben — zu einem wesentlichen Teil wenigstens — bezahlen können. Bleibt ein Restbetrag, so soll dieser in jährlichen Gratis-Kohlenlieferungen abgetragen werden.

Die Saarländer freilich erhalten für Zahlungsmittel der festesten Goldwährung der Welt jetzt die Noten der von Gold und Devisen entblößten Reichsbank. Aber sie haben es ja so gewollt.

Neugierig darf man auch darauf sein, ob die Gruben, was im fluchwürdigen System selbstverständlich gewesen wäre, wieder ganz in den Besitz der öffentlichen Hand — Preußens oder des Reichs — überführt werden oder ob nicht der wütig kapitalistische Schacht einen Versuch der Privatisierung un-

ternehmen wird, wie er zugunsten Thyssens beim Stahlverein geglückt ist.

## Kohle und Eisen

Findet so die Frage des Rückkaufs der Saargruben eine verhältnismäßig einfache Lösung, so stellt die Rückgliederung für die Dauer doch die deutsche Wirtschaft vor große Schwierigkeiten. Das Saargebiet ist Ueberschußgebiet für Kohle und Eisen. Die Jahresleistung des Steinkohlenbergbaus betrug 1933 rund 10½ Millionen Tonnen Kohlen und 252.000 Tonnen Koks; dazu kommen noch 1,6 Millionen Tonnen Hüttenkoks. Das Hauptabsatzgebiet war Frankreich, während die deutschen Absatzmärkte, besonders der süddeutsche Markt in der Zwischenzeit von der Ruhrkohle okkupiert wurden. Bisher war das Saargebiet in das französische Zollgebiet eingegliedert und genoß andererseits auch im Verkehr mit Deutschland besondere Vergünstigungen. Dieser Zustand wird jetzt ein Ende finden. Schreibt doch der »Tempo« sehr entschieden:

»Deutlich sei gesagt, daß nach einer gewissen Uebergangszeit keine wirtschaftlichen Vergünstigungen von Frankreich dem Saargebiet zugestanden werden können. Die Saarländer haben mit aller Deutlichkeit bekundet, zu Deutschland zu gehören; dem sei so, aber auch mit allen Konsequenzen, die sie damit für ihre Wirtschaft in Kauf genommen haben.«

Nun befindet sich der französische Bergbau in einer schweren Krise, obwohl er den Inlandsbedarf nicht vollkommen deckt. Deshalb war ja auch die französische Schwerindustrie und mit ihr auch manche Regierungen- und Deputiertenkreise in Wirklichkeit durchaus für die Rückgliederung der Saar in der Hoffnung, dadurch von einer unbequemen Konkurrenz befreit zu werden. Die Zechenbesitzer, aber

auch die Arbeiter fordern immer dringender von der französischen Regierung, daß sie die Zufuhr ausländischer, und das heißt deutscher und jetzt auch saarländischer Kohle einschränke. Denn die französischen Bergarbeiter müssen jetzt 8 bis 10 Feierschichten im Monat verfahren. Sie haben deshalb sogar schon dagegen Protest erhoben, daß die Restbezahlung für die Gruben in Form von Gratiskohlenlieferungen erfolgen. Jedenfalls muß damit gerechnet werden, daß der Saarkohlenabsatz nach Frankreich eingeschränkt wird und die Rückgliederung jedenfalls eine erhebliche Verschärfung der deutschen Ueberproduktion mit sich bringt.

Ähnlich liegt es bei der Eisenproduktion. Die deutsche Eisen- und Stahlproduktion ist ohnehin übersteuert. Bisher hatte das Saargebiet im internationalen Eisenverband ein eigenes Kontingent zugewiesen. Auch hier wird eine Neuregelung erfolgen, die das jetzt deutsch gewordene Kontingent kürzen, den deutschen Eisenabsatz also drosseln wird.

Freilich ist auch Frankreich am Saarkohlenabsatz stark interessiert. Außer Eisen und Mineralölen hat Frankreich namentlich landwirtschaftliche Produkte aus dem Elsaß nach der Saar geliefert. Aber gerade die agrarische Einfuhr wird bei dem jetzigen Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik auf den stärksten Widerstand stoßen und die Devisennot die Einfuhr der Eisenerze beschränken. So muß man dem Resultat der bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit größter Skepsis gegenüberstehen. Auf alle Fälle verliert das Saargebiet die günstige Stellung, die es bisher zugleich in dem französischen und dem deutschen Wirtschaftsgebiet innegehabt hat, und seine Eingliederung bedeutet für die deutsche Schwerindustrie eine wesentliche Steigerung der

Ueberproduktion, während eine Reihe kostspieliger Maßnahmen vom Reich getroffen werden müssen, um die Krise, die durch den teilweisen Verlust des französischen Markts für die Saar entsteht, zu mildern.

## Wachsende Schwierigkeiten

Dies alles trifft zusammen mit einer Abschwächung der deutschen Konjunktur. Die Wirkung der »Arbeitsbeschaffung« scheint ihren Höhepunkt im Sommer erreicht zu haben und seitdem ist eine gewisse Ermüdung zu verzeichnen. Das zeigen selbst die manipulierten Zahlen der Arbeitslosenstatistik. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen im November um 86.000 gestiegen war, ist im Dezember eine neue Steigerung um 252.000 erfolgt. Natürlich ist diese Zunahme in beträchtlichem Maß auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen, obwohl die Arbeitslosigkeit der Landarbeiter wohl zu einem großen Teil nicht mehr in der Statistik in Erscheinung tritt und die »Landhelfer« von den Bauern auch über den Winter behalten werden müssen. Entscheidender ist, daß offenbar die wirkliche Arbeitslosigkeit größer ist als sie die Statistik ausweist. Denn während die Zunahme der Arbeitslosen im November nur mit 86.000 angegeben wird, ist die Beschäftigungszahl nach der Statistik der Krankenkassen, in der noch dazu die Landhelfer und Notstandsarbeiter mitgezählt werden, von 15.637.000 auf 15.476.000, also um 161.000 zurückgegangen. Die Dezemberzahlen liegen noch nicht vor, aber jedenfalls ist die unsichtbare Arbeitslosigkeit erneut im Wachsen.

Das Jahr 1934 war für die deutsche Wirtschaft das Jahr der künstlich mit inflationistischen Mitteln angekurbelten Binnenkonjunktur, zugleich das Jahr der völligen Erschöpfung der Goldbestände, der fortschreitenden Außenhandels-schrumpfung und der beginnenden Rohstoffschwierigkeiten. Die Fortsetzung der Ankurbelung stößt auf Schwierigkeiten, die ihr in absehbarer Zeit ein Ende bereiten müssen und die Rückgliederung der Saar wird diese Schwierigkeiten nur noch vergrößern.

Dr. Richard Kern.

# Der Bauer als Opfer des Systems

## Dem Vieh das Korn — dem Menschen die Kleie

Kein Produkt der landwirtschaftlichen Erzeugung unterliegt einer so strengen Regelung, bei keinem ist der Markt so radikal ausgeschaltet wie bei Getreide. Im ersten Jahre der Hitlerregierung begünstigte man sich mit der Festsetzung von Mindestpreisen, im zweiten ist man zu Festpreisen übergegangen. Die Preisgestaltung soll von Wind und Wetter und den Einflüssen der Jahreszeiten unabhängig gemacht werden. Der Preis ist für den ganzen Kalenderablauf ein für allemal festgelegt. Er beginnt bei 144 Mark je Tonne im Erntemonat und steigt bis zur nächsten Ernte um 2 Mark je Tonne monatlich. Er ist also nach der zeitlichen Entfernung von der nächsten Ernte, er ist aber außerdem noch nach der räumlichen Entfernung des Versorgungsgebietes vom Erzeugungsgebiet gestaffelt. Das ging solange gut, als der sonst so unzuverlässige Wettergott sich als strammer Nationalsozialist auführte und die Getreideernte einen Ueberschuß ergab. Erst im Jahre der Dürre, in dem die Getreideernte um ein Fünftel geringer war als Jahre vorher, erwies sich die Zwangsbewirtschaftung des Getreides nach wie vor als ein Segen für den vorwiegend getreidebauenden Großgrundbesitz, aber jetzt als ein Fluch für die vorwiegend viehzüchtenden Bauern. Darré stand jetzt vor der Entscheidung, entweder dem Städter die Brottraktion zu kürzen oder den Bauern die Futtermittel zu verknapfen. Darré hat das letztere vorgezogen; offenbar fürchtete man, daß im Dritten Reich die Pfänderung von Bäckerläden in den Städten sich aufdringlicher bemerkbar machen könnte, als das schimpfende Bauerntum. Deshalb hat man mit einer Million Tonnen Getreide von der vorjährigen Ernte das fehlende Brotgetreide ersetzt und die Vermahlungsquote von 85 auf 75 Prozent erhöht. Bei der Vermahlung des Brotgetreides ergibt sich ein Abfall, die Kleie, die eines der wichtigsten Futtermittel ist. Bis dahin ergab die Vermahlung eines Zentners Getreide 65 Pfund Mehl und 35 Pfund Kleie, jetzt 75 Pfund Mehl und nur 25 Pfund Kleie. Der Zweck der Verordnung ist die Streckung des Brotgetreides auf Kosten des Futtermittels und damit auf Kosten des Bauern.

Daß es den Bauern an Futtermitteln fehlt,

dafür ist aber nicht die Mißgunst der Natur verantwortlich, sondern die von Darré bewirkte vollständige Abschneidung von der Zufuhr ausländischen Getreides, die den Ernteausschlag hätte wettmachen können. Für den getreidebauenden Großgrundbesitzer, der Getreide zu verkaufen hat, ist die Drosselung der Einfuhr eine Quelle von Monopolprofiten, für den Bauern, der Getreide als Futtermittel zukaufen muß, ist sie eine Quelle von Verlusten, dem Großgrundbesitzer bringt die Mißernte erhöhte Einnahmen, dem Bauern erhöhte Ausgaben. In den Jahren 1927 bis 1929 hatten die bäuerlichen Betriebe unter 20 Hektar, also die Mittel- und Kleinbauern, 50 bis 60 Prozent ihres Bedarfs an Futtermitteln zukaufen müssen.

Die Futtermittel haben also an den Erzeugungskosten des Mittel- und Kleinbauern den Hauptanteil. Die Kleie war im Herbst so knapp geworden, daß der Bauer für die Kleie, also für den Abfall, fast soviel bezahlen mußte wie für das Getreide selbst. Der Kleiepreis stand nur um ein Zehntel niedriger als der Getreidepreis. Der Bauer konnte also Futtermittel, sein wichtigstes Produktionsmittel, nicht oder nur zu riesigen Preisen bekommen. Die Folge war, daß die Bauern, anstatt teure Futtermittel zu kaufen, ihr Brotgetreide dem Vieh vorwarfen.

Die Bauern sagten: Die Menschen essen die Kleie, während dem Vieh in den Krippen Korn vorgesetzt wird.

Vielfach halfen sich die Bauern damit, daß sie das Vieh, anstatt es groß zu züchten, massenweise abzuschlachten. Da setzte Herr Darré Festpreise für Kleie fest. Das hatte aber nur zur Folge, daß die Futtermittel noch knapper wurden und daß die Bauern gezwungen waren, das Vieh, anstatt es groß zu züchten, massenweise abzuschlachten. Herr Darré sah sich gezwungen, den Einfuhrzoll für Kleie von 10 auf 2 Mark je Doppelzentner herabzusetzen. Der Bauer hätte jetzt mehr und billigere Kleie bekommen können, wenn nicht Schacht soviel Devisen für die Rüstungseinfuhr benötigt haben würde, daß er außerstande war, auch noch Devisen für die Futtermittelnzufuhr zu bewilligen. Die Rindermärkte waren überfüllt und es drohte ein Preissturz. Anfang August wandte die Hit-

lerregierung 46 Millionen auf, um dem Markt unverkäufliches Vieh zu entziehen. Das war aber ein Tropfen auf den heißen Stein.

Denn man kann den Berliner zwar zwingen, für sein Brot dreimal soviel zu bezahlen wie der Londoner dafür bezahlen muß, aber man kann ihn nicht zwingen, mehr Fleisch zu kaufen, als er überhaupt bezahlen kann.

Das Schlimmste für den Bauern ist aber, daß das Erbhofgesetz, das die Verpfändung von Grund und Boden verbietet, ihn hindert, Kredite für Inventarbeschaffung, Gebäude-reparaturen, Landverbesserung usw. aufzunehmen. Kein Wunder, daß der Bauer die Beförderung zum Erbhofbauern nicht als Segen, sondern als Strafe empfindet. Da 20 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland unter das Reichserbhofgesetz fallen, ist das Problem des landwirtschaftlichen Kredits ungeheuer dringlich. Man kann allerdings der Hitlerregierung nicht vorwerfen, daß sie nach dieser Richtung ganz untätig geblieben wäre. Ende Oktober hat das Reichswirtschaftsministerium ein »Gesetz über die Förderung der Getreidewirtschaft« erlassen, das in der deutschen Presse nicht veröffentlicht worden ist, damit es die Bauern nicht zu lesen bekommen. Darin wird verfügt, daß das Reich für die Landwirtschaft neue Kreditgarantien bis zu 150 Millionen Mark übernimmt, auf daß die Banken veranlaßt werden, den Landwirten Kredit für Düngemittelkäufe einzuräumen.

Diese Kredite sind nicht für die gesamte Landwirtschaft, sondern ausdrücklich nur für die Getreidebewirtschaftung bestimmt. Sie sind also eine zusätzliche Subvention für den Großgrundbesitz und für die Herren vom Chemietrust und den großen Kalkkonzernen. Der Bauer ist bei diesem Geschäft ebenso das Opfer wie bei der Darréschen Zwangswirtschaft für Getreide! Er ist das Opfer des Systems!

## Emigranten

bietet sich günstige Gelegenheit mit kleinem Kapital zur Gründung einer Existenz. Zuschriften unter »Aussig 100« an die Verwaltung des Blattes.

# Emil Ludwig über Hindenburg

## Ein Unpolitischer über einen Unpolitischen

Im Querido-Verlag, Amsterdam, erschienen soeben: Emil Ludwig: »Hindenburg und die Sage von der Deutschen Republik.«

Wenn einer der meist gelesenen Schriftsteller der Gegenwart wie Emil Ludwig über eine der meist genannten Persönlichkeiten, wie Hindenburg ein großes Buch schreibt, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Das Buch, dem einsteilen der Weg ins Deutsche Reich versperrt ist, wird von vielen der immerhin 30 Millionen Auslandsdeutschen mit Begierde gelesen, es wird in alle Welt-sprachen übersetzt werden. Ein solches Buch ist nicht nur ein literarisches Ereignis, sondern auch ein politisches Faktum. Sein Verfasser trägt als deutscher Schriftsteller und Weltbürger politische Verantwortung.

Emil Ludwig hat es unternommen, das psychologische Rätsel Hindenburg zu erklären. Wie kam es, daß dieser Mann, über dessen geistige Fähigkeiten sich kein nüchterner Beurteiler jemals einer Täuschung hingegeben hat, an dessen solide Rechtschaffenheit aber alle bis auf ganz wenige Ausnahmen glaubten, am Ende eines nur scheinbaren großen, aber doch anständigen Lebens, in eines der schmutzigsten Abenteuer der Weltgeschichte verstrickt werden konnte? Handelte es sich um eine Art von Greisenwahn oder Stumpfheit infolge von Altersschwäche? War er nur Werkzeug oder auch Spießgeselle? Gleichviel die grauenvolle Tatsache bleibt bestehen, daß dieser Mann, an der Spitze des deutschen Reiches stehend, tatenlos und gleichmütig zusah, wie die von ihm beschorene, seinem Schutz anvertraute Rechtsordnung eines zivilisierten Staates zerbrochen, wie seine vertrauenden Anhänger in die Kerker geworfen, gefoltert und ermordet wurden. Und das war der Mann, der mit dem ewig wiederholten Wort »Treue um Treue« durch sein ganzes langes Leben gegangen war?!

An diesem Problem sind viele Menschen innerlich zerbrochen. Die Verwirrung, die am 20. Juli 1932 in sozialdemokratischen Führerkreisen einzureißen begann, ist zu nicht geringem Teil auf den Umstand zurückzuführen, daß diese sozialdemokratischen Führer, wie Braun, Severing, Löbe, als anständige Menschen fassungslos dem Verrat gegenüberstanden, den Hindenburg begangen hatte.

Bringt uns Emil Ludwigs Buch eine Lösung dieses psychologischen Rätsels? Ludwig zeigt uns, wie Hindenburg, ein Mann von durchschnittlicher Begabung und beschränkter Auffassung durch die Günt der Umstände und ohne Verdienst erst zum siegreichen Feldherrn, dann, nachdem er den Krieg dennoch verloren, zum Staatsoberhaupt emporsteigt. Das ist alles, richtig gesehen, klar und einfach, aus sicheren Quellen geschöpft. Zum Schluß aber verdunkelt sich das Bild. An die Stelle einer offenen Rechnungslegung, wie sie im Lande eines parlamentarischen Regimes und einer freien Presse selbstverständlich ist, tritt mit der Entlassung Brüning's ein Gewirr von Hofkabal und Palastintrigen. Politische Schieber und Abenteuer, die im Dunkeln arbeiten, gewinnen das Übergewicht vor den Personen, die im Vordergrund stehen, und die Kolossalfigur des alten Hindenburg ist nur noch eine Kulisse, die dieses schändliche Treiben notdürftig verdeckt. Für diese letzte Zeit von Hindenburgs Leben fließen die Quellen nur spärlich. Auch Ludwig ist in den letzten 60 Seiten seines Buches, die diesen Zeitabschnitt behandeln, auf Kombinationen angewiesen. Zu dem, was als gewiß bekannt war oder als wahrscheinlich angenommen wurde, hat er wesentliches nicht mehr hinzufügen können.

Das Verdienst seiner Arbeit ist die Entblätterung der Hindenburg-Legende und nicht dieser allein. Ludwig macht der ganzen Kaste, der ganzen Zeitperiode des preußischen Junkertums und Konservatismus den Pro-

zeß. Es enthüllt den großen Volksbetrug, der mit Kaisern und Königen, Helden und Rettern getrieben worden ist. Soweit das Buch dieser Aufgabe dient, wird es jedem Mann mit Nutzen lesen.

Umso bedauerlicher ist es, daß Emil Ludwigs Werk in anderer Beziehung geeignet ist, ungerechte Vorurteile nicht zu zerstören, sondern eher noch zu festigen. Ludwigs Spott über den unpolitischen Sinn des deutschen Volkes ist sicher nicht unberechtigt, aber hätte der deutsche Schriftsteller Emil Ludwig einmal ganz scharf in den Spiegel gesehen, so hätte er eben auch keinen Politiker entdeckt. Er ist es noch nicht einmal in dem Maße, wie er es sein müßte, um als Historiker auf der Höhe seiner Aufgabe zu sein.

Ludwig ist ungerecht gegen das deutsche Volk. Daß dieses be-

Gleichberechtigung und sozialen Fortschritts in die Gesamtheit einer europäischen Kulturmenschheit einzugliedern. Hauptträger dieses Versuches war die Sozialdemokratische Partei.

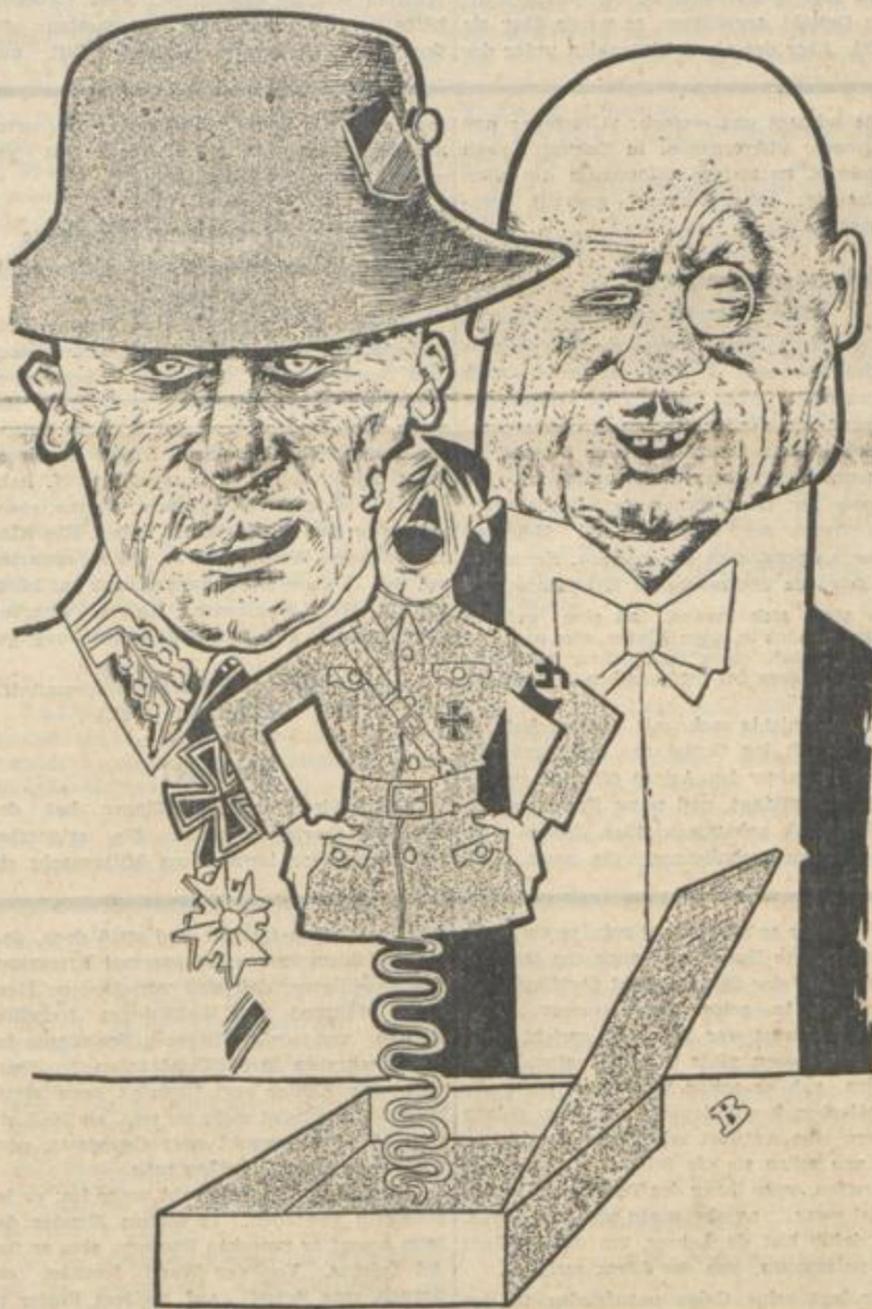
Es ist unmöglich, die bedenkenlose Oberflächlichkeit außer acht zu lassen, mit der Emil Ludwig über diese Tatsache hinweggeht. Hier zeigt sich sein unpolitischer Sinn. Was soll man dazu sagen, wenn er eine Darstellung der dramatischen Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Führung über den Eintritt in die Regierung des Prinzen Max mit den Worten abschließt: »Es war ergreifend, es war dumm«. Ich selbst habe bei jener Auseinandersetzung mit leidenschaftlicher Ueberzeugung gegen Ebert gestanden, aber, wenn Ludwig in Eberts Verhalten nichts anderes als eine Art von be-

schweigt Ludwig, daß der große Volksabstimmungskampf, der jenen von ihm falsch dargestellten Vorgängen im Reichstag voranging, von der Sozialdemokratie gemeinsam mit den Kommunisten geführt worden war.

Emil Ludwig, der Biograph, hat eine interessante Seelenanalyse eines Mannes geliefert, der ohne eigenes Wollen durch die Gunst des Schicksals Weltruhm erlangte und dann im Glauben an sein eigenes preußisches Pflichtbewußtsein von Verrat zu Verrat geschritten ist. Als Biographie ist sein Buch wertvoll, als Beitrag zur allgemeinen deutschen Geschichte und zur Politik der Gegenwart läßt es den Sinn für Wirklichkeit und Gerechtigkeit stark vermissen. Ludwigs Buch über Hindenburg ist im Grunde das Buch eines Unpolitischen über einen Unpolitischen.

Friedrich Stampfer.

## Ihr Spielzeug



gabte, mit vielen ausgezeichneten Eigenschaften ausgestattet, um die Kultur der Welt verdiente aber durch Jahrhunderte zu Untertanensinn und Kadavergehorsam erzogene Volk bei dem ersten Versuch, sich selber demokratisch zu regieren, einen moralischen Zusammenbruch ohnegleichen erlitten hat, ist eines der großen tragischen Ereignisse der Weltgeschichte. Diesen Versuch selbst aber wegen seiner wirklichen oder angeblichen Unzulänglichkeit zu verhöhnern, wie es heute die meisten Modeschriftsteller tun, ist ein Unrecht und ein unverzeihlicher Fehler. Wer Geschichte und nicht bloß Feuilleton schreiben will, muß doch sehen, daß die 14 Jahre zwischen dem Ende der Monarchie und dem Beginn des Dritten Reichs, einen Versuch darstellen, Deutschland als ein Reich geistiger Freiheit, politischer

schränktem Kleinbürgerpatriotismus erblicken will, so beweist er, daß er sich nicht einmal die Mühe genommen hat, die öffentlichen Reden, die Ebert über seine damalige Stellungnahme hielt, zu lesen. Noch weniger hat er sich die Mühe genommen, in den Sinn der vertraulichen Beratungen einzudringen, die zu jener Zeit geführt wurden.

Seine Voreingenommenheit gegen die Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen, läßt sich Ludwig keine Gelegenheit entgehen. Seine Darstellung des Kampfes um die Fürstenvermögen ist so vollkommen schief und irreführend, daß es schwer hält, auch nur den guten Glauben des Verfassers anzunehmen. Seine Behauptungen über die Behandlung dieser Angelegenheit im Reichstag sind gehässige Unwahrheiten; dabei ver-

## Rund um Dalldorf

Der Vormarsch der Konservativen zeigt sich auch in der Deutschen Adelsgenossenschaft. Auf ihrer letzten Tagung mißbilligte ein beträchtlicher Teil der Blaublütigen, daß sich der organische Adel »so schnell auf den Boden des nationalsozialistischen Staates gestellt« habe. Vom 30. Juni hätten die Blaublütigen solche Worte nicht gewagt. Vor allem protestierte man gegen den leidigen Arierparagrafen und forderte eine Klärung der Frage, »wann man nichtarisches Blut als getilgt ansehen könne.« — Ein Teil der biologischen Wissenschaft erklärt bekanntlich: Nie — aber ganz einig ist sie sich darüber nicht. So bleibt die Sache also zunächst eine politische Machtfrage und man darf wohl prophezeien, daß die Karenzzeit des nichtarischen Blutes der Konservativen in demselben Tempo gemildert wird, in dem Hitler von Schacht und den Seinen aufgefressen wird — zumal ja der Stehkragen auch nicht ganz ohne jüdische Verwandtschaft ist.

Der deutsche Adel mag sich übrigens trösten, es kommen ihm bereits neue Rasse-theoretiker zu Hilfe. Dem Göttinger Privatdozenten Dr. Saller wurde die Lehrbefähigung entzogen, weil er, wie das Rassepolitische Amt der NSDAP mitteilt, die Anwendung des Rassegedankens auf soziale Verhältnisse vertreten habe und »gleich anderen von gesellschaftlichen Rassen spricht.« Er lehrt, daß den heutigen Klassen ursprünglich Rassen zugrunde liegen, den unteren Klassen also untere Rassen. Er spricht sogar von einer Korbmacher-Rasse.

Diese Theorie ist vom Standpunkt des nationalsozialistischen Rassenwahns nicht so absurd, wie sie vom Standpunkt der Vernunft und der wirklichen Wissenschaft aussieht; der Mann denkt im Gegenteil nur gewissen Phrasen der braunen Oberbunzen konsequent zu Ende. Denn wenn es ungünstige Rassenmischung ist, die das deutsche Volk heruntergebracht hat und »schlechte Rasse« gleichzeitig verminderte Tüchtigkeit bedeutet, so ist die unterste Schicht eben deshalb unten, weil sie unterste Rasse ist, während Oberklasse gleich Oberrasse zu deuten wäre. Von Leers bis Saller ist nur ein winziger Schritt und die Politik des nationalsozialistischen Staates entspricht ja auch durchaus dieser Knechtstheorie. Aber der Mann Saller mußte vorläufig kaltgestellt werden, denn wenn es eine Korbmacher-Rasse gibt, dann gibts auch eine Anstreicher-Rasse. Und so aggressive Formulierungen kann der Oberosaf nicht brauchen. Dr. Saller und sein Kreis lassen sich damit zu frech merken, daß sie braunen Rassequatsch bereits im Interesse der herrschenden konservativen Oberschichten definieren.

Wenn ein Volk von den Blut-und-Boden-Doktoren aller Schattierungen derart gedrückt wird, so muß es von rassischem Verfolgungs- und Minderwertigkeitswahn heimgesucht werden. Sogar das deutsche Aerzteblatt sieht sich genötigt, gegen die wachsende »Erbhypochoondrie« anzukämpfen. Professor Luxenburger weist auf drohende Gefahren hin: Leute, die ihre Großmutter nicht in Ordnung haben, fangen an, ihr »Erberinner« zu belauern. Wo einer gar als erbkrank abgestempelt ist, beginnen

# „Eine der Deutschesten...“

Angehörige der Familie an ihrer Lebens- und Zeugungsberechtigung zu zweifeln. Die Sprechstunden der Aerzte sind angefüllt mit Hysterikern, die nicht mehr schlafen können, weil sie nicht wissen, ob sie zum minderwertigen Typ der ostischen oder der Mittelmeer-Rassen gehören, und man entsinnt sich, daß kürzlich ein Arzt in einer deutschen Zeitung von einer Frau berichtete, die in Verzweiflung umherirrt und sich nicht zu heiraten getraut, weil sie sich für ostisch überlagert hält. Das Deutsche Aerzteblatt fordert, den Ratsuchenden einzuschärfen, daß Kurzbeinigkeit oder »Verwandschaft mit einem Erbkranken noch lange nicht Belastung bedeuten müsse...«

Natürlich nicht, denn sonst müßten ja Göbbels und Hitlers Verwandte auch an sich verzweifeln. Aber traurig ist es, zu sehen, in welchen Wahnsinn aller Grade die braune Barbarei das »Volk der Dichter und Denker« getrieben hat.

## Straßennamen leicht beschädigt

In Breslau wurde die Helmut-Brückner-Straße umgetauft. Die Stadtväter mögen lange nachgedacht haben, welcher Führer diesmal geehrt werden sollte. Aber bei der Gelegenheit dürften unangenehme Erinnerungen in ihnen aufgestiegen sein, denn um die Straßennamen im Dritten Reich ist es heikel bestellt.

Wieviel Unkosten hat allein der 30. Juni den armen Städten verursacht! Wie viele Straßenschilder mußten entfernt, wie viele Plätze und Häuser mußten umgetauft, wie viele Gedenktafeln zerhackt, wie viele Adreßbücher geändert werden! Das Braune Haus in Dresden z. B. hieß vor Hitlers Machtantritt »Gregor-Straßer-Haus«. Als Gregor 1932 die Tolerierung Schleichers forderte und deshalb in Ungnade fiel, fiel auch sein Name an der Front des Hauses. Eigentlich fiel er nicht, sondern er mußte mit Hilfe einer langen Leiter heruntergeangelt werden. Später, als Straßer wieder zu Ehren gelangte, wurde auch sein Name wieder zugelassen; und noch später — nachdem Straßer am 30. Juni ermordet worden war — getraute sich überhaupt niemand mehr, an den Namen zu denken oder gar ihn auszusprechen.

Und dann die Röhm'schen Ehrendolche! Statistiker erzählen, daß die abgekrazten Inschriften aneinandergereiht achtmal um ganz Bayern und dazu noch zehnmal ums braune Haus in München herumgereicht hätten.

Besonders aber in Schlesien ist es hoch hergegangen, dort steht kein Ehrenstein mehr auf dem andern. Die Ernst-Heines-Führerschule und ungezählte Ernst-Heines-Straßen, -Häuser, -Plätze schämen sich noch heute ihrer anrüchigen Vergangenheit. Jetzt kommt das Unglück mit Brückner dazu! Wer garantiert für die Lebensdauer des nächsten schlesischen Lieblings?

Das alles mögen sich die braunen Stadtväter von Breslau gesagt haben, als sie über die Umtaufe der Brückner-Straße berieten. Und was taten sie? Sie verliehen der Straße den Namen, den sie vor Hitler trug, sie nan-

Da sie ihre Bettelarmut in allen geistigen Dingen manchmal doch peinlich empfinden, die großschnauzigen Herren des »Dritten Reichs«, beschwören sie immer wieder wahre Vertreter des deutschen Geistes aus der Vergangenheit, die sich nicht dagegen wehren können, als Schwurzeugen für ihre eigene Stumpf sinnweis herauf. So ging es mit Goethe, so eben erst mit Schiller, und jetzt vergreift sich der Vize-Hitler, der Heß, an Wilhelm Busch, indem er in seiner Ansprache Verse von ihm aufzählt und ihn zugleich »einen der Deutschesten« nennt.

Nun war Wilhelm Busch als deutscher Dichter, deutscher Zeichner, deutscher Maler allerdings »einer der Deutschesten«, aber keineswegs im Sinn der Banausen und Barbaren, die heute den Begriff Deutschland mit ihrer braunen Kloakensauce beschmieren. Denn gelernt hatte er von den französischen Karikaturisten; »der Strich«, raunte schon in den siebziger Jahren Friedrich Vischer gegen ihn, »ist nicht deutsch; wer auch nur »Journal Amusant« angesehen, kennt ihn und versteht, was ich meine«. Mehr noch scheidet Busch von den Hakenkreuzern sein Drang, die lächerlichen Seiten der Menschennatur aufs Korn zu nehmen, aus der Welt die Lachsubstanz zu destillieren und seinem Publikum vorzusetzen. Denn die Gewalthaber Braun-Deutschlands sind von dem tierischen Ernst aller Dilettanten, stolzieren auf Stelzen einher, schweigen in hundertprozentiger Pathetik und verabscheuen wie alle Despoten Humor und Satire, weil sie bei jedem fröhlichen Gesicht argwöhnen, es werde über sie gelacht, über des einen Tintenkleck unter der

ten sie schlicht und einfach: »Uferzelle« und beschlossen, Führernamen in Zukunft nach Möglichkeit zu meiden. Eingedenk des alten Sprichworts: »Wer Schmutz angreift, besudelt sich.«

## Gehirn gestohlen!

Der Täter ist erkannt.

»Zeitschrift für pädagogische Psychologie und Jugendkunde« — das schmeckt nach Wissenschaft. Aber der Titel dieses in Leipzig erscheinenden Organs ist aus vorhitlerischer Zeit übernommen, er täuscht. In der neuesten Nummer z. B. untersucht ein Professor Dr. L. J. Bykowsky »das intellektuelle Niveau der arischen und jüdischen Schüler an polnischen Gymnasien«. Er macht u. a. folgende überraschende Entdeckung:

»Es stellt sich heraus, daß eine größere Anzahl Juden in einer Klasse oder sogar in einer Anstalt einen deutlichen Rückgang der Intelligenz bei der arischen Jugend zur Folge hat.«

Das hat nichts mehr mit Wissenschaft zu tun, das fällt ins Gebiet der Schwarzkunst. Die Juden haben den Ariern offenbar von je das Gehirn geklaut, und wenn Professor Bykowsky nicht gekommen wäre, hätten die deutschen Hochschullehrer, die samt und

Nase, über des andern Fastnachtsprunkgewand, über des dritten Klumpfuß: »Lügen haben kurze Beine«. Der deutsche Untertan hat so wenig zu lachen wie der preußische Muschkote im Glied. Endlich ist jenes gelastlose Spieß- und Mastbürgertum, dem immer wieder Buschs grausamer Stift zu Leibe ging, der Kern des Nazi-Heerbanns; die Typen, die Hitler zuerst und am tobsüchtigsten als einem der ihren zujubelten, wir kennen sie längst aus »Herr und Frau Knopp« und den andern Köstlichkeiten.

In unmittelbarer politischer Satire hat Busch sich nur selten ausgegeben, aber wenn er es einmal tat, versäumte er nicht, das Zerrbild, das die antisemitischen Vorläufer des Nationalsozialismus vom Juden entwarfen, grimme zu verulken, indem er es Hebevoll nachzeichnete:

Und der Jud mit krummer Ferse,  
Krummer Nas' und krummer Hos'  
Schlingelt sich zur hohen Börse  
Tiefverderbt und seelelos.

Wahrscheinlich hat der Heß diesen bösen Hohn auf die Judenhetzer für bare Münze genommen und deshalb Busch als »einen der Deutschesten« gepriesen. Aber aus der herben Verachtung jenes neudeutschen Kurses, dessen Kraftstoff und Kitschstil das eingestandene oder uneingestandene Ideal der Nazis ist, hat Busch nie ein Hehl gemacht. Wie hätte er sich, da er schon Trara und Tamtam Wilhelms II. unwirsch ablehnte, vor Ekel über das tausendfach tollere Treiben des »Dritten Reichs« geschüttelt! Aber vielleicht hätte er als »einer der Deutschesten« mit den Hitler, Göring und Göbbels Gift und

sonders mit Juden gemeinsam irgendeine Schulbank gedrückt haben, nicht mal gemerkt, daß ihnen etwas fehlt.

## Deutsche Gretchen-Frage

„Berechtigt eine Hasenscharte zur Unfruchtbarmachung?“

„Ueber die Frage, ob eine Hasenscharte geeignet ist, eine Unfruchtbarmachung nach dem Gesetz vom 14. Juli 1933 zu begründen, hatte das Erbgesundheitsobergericht in Rostock Entscheidung zu treffen. Das Erbgesundheitsgericht hat diese Frage in einem Falle bejaht und u. a. ausgeführt: N. habe zwei Kinder zur Welt gebracht, welche, ebenso wie er eine Hasenscharte haben. Ein Kind besitze einen Wolfsrachen... Da zu erwarten sei, daß N. diese Mißbildungen auch auf künftig zur Welt kommende Kinder vererben werde, so sei eine Unfruchtbarmachung geboten.“

(Münchener Medizinische Wochenschrift, Nr. 52, Seite 2022.)

## Prosit!

Verschiedene deutsche Männer hat das schlechte Gewissen ereilt. Sie erinnerten sich daran, vor kurzem um Mitternacht ein

Galle gegen die ↑↑↑ »Marxisten« gespuckt? Nun, als Bismarck mit seinem Sozialistengesetz die Vorprobe für die »Marxistenhetz« von heute abhielt, stand Busch mit seinen Sympathien ganz und gar auf der Seite der Gejagten. Die Reichstagswahlen von 1894, die die Unverwundlichkeit der Sozialdemokratie auch unter dem Ausnahmezustand erwiesen, begleitete er mit der schmunzelnden Anerkennung: »Es scheint, daß die Leute, welche wenig haben, zum Schrecken der Leute, welche mehr besitzen, mehr als zuviel werden.« Sorge und Empörung weckte in ihm »die unkluge und ungerechte Behandlung der Sozialdemokratie durch die Regierenden und die Gerichte«, und auch in der Folge brachte den eifrigen Leser des »Vorwärts« und des hannoverschen »Volkswille« die Verfolgung der Arbeiterpartei durch die Behörden in Harnisch; »das Rechte«, meinte er dann wohl von der Sozialdemokratie, »ist halb und die Gescheitheit ganz auf ihrer Seite.« »Einer der Deutschesten« und Fürsprecher der »Marxisten«? Auf den Scheiterhaufen mit »Max und Moritz«; sein Verfasser war ein »Untermensch«!

Der beste Beweis für sein »Untermenschentum« ist, daß Busch sich zu jenen zählte, die sich mühen, »die Organe der Erkenntnis auf Kosten der Organe des Begehrens zu immer höherer Entwicklung zu bringen«, wohingegen es nach dem Nazi-Kodex darauf ankommt, die »Organe des Begehrens« auf Kosten der ganz verkümmerten »Organe der Erkenntnis« riesenhaft zu entwickeln.

K. M.

Fremdwort gebraucht zu haben, und seither ist es um ihre Ruhe geschehen. Verschiedene deutsche Provinzzeitungen haben dieser Not bereiten Ausdruck verliehen, sie liehen die Volksgenossen an, in künftigen Jahren das »Prosit Neujahr« herunterzuschlucken und anstatt dessen »Heil Neujahr« zu rufen.

Ein sächsischer Pfarrer ist diesem Wunsch ahnungsvoll zuvorgekommen. Er hat gerade um die Silvesterzeit eine Predigt gehalten — nicht über das Thema »Prosit Neujahr« — sondern mit einem Bibelvers als Leitmotiv — mit dem Bibelvers: »Sie rufen Heil, ist aber kein Heil.«

## Die leere Form

Den Reichsgründungstag feierte die »Deutsche Zeitung«, Königsberg, »Amtliches Nachrichtenblatt aller staatlichen und städtischen Behörden«, mit folgenden lapidaren Satz:

»In die leere Form, die Bismarck am 18. Januar 1871 weitschauend schaffen konnte, gießt heute der Führer den kraftvollen Inhalt.«

Der kleine Bismarck wußte nicht, was er tat, aber Hitler wendet alles zum besten.

## Die unerhörte Frage

Von Karl Rothe.

Eigentlich gehörte die Frage gar nicht zur Sache, denn die Klasse hielt ja mitten in der Singstunde, aber schließlich konnte der Lehrer Schönborn auch nicht gut ausweichen. Wenn man einmal Texte erklärt, muß man auch Fragen zulassen, zumal es sich um ein neues und sozusagen hausgemachtes Lied handelte. Der Direktor hatte es gedichtet, vom Studienrat des Mädchenlyzeums wurde es komponiert. Es sollte zum Reichsammlungstag gesungen werden und ein Vers schloß:

Drum hoch der Volksgemeinschaftsgeist,  
indes Marxismus unser Volk zerreißt.

Lehrer Schönborn war gerade dabei gewesen, den Text zu erläutern und sagte: »Wie ihr vielleicht schon aus der vaterländischen Stunde wißt, fordert der nationalsozialistische Staat die Volksgemeinschaft, während der Marxismus diese nicht will...« Da kam die unangenehme Unterbrechung; der kleine Meixner hob die Hand und fragte mit dünner Stimme: »Herr Lehrer, was will denn der Marxismus?«

»Marxismus?« fragte Schönborn zurück. Sein Gesicht hat noch die Glätte der Jugend und er nimmt sein Amt noch sehr ernst. »Marxismus? Der Marxismus will... Marxismus ist, wenn man die Welt... wenn man das Volk in Klassen spalten will...« Und schnell geht er zum nächsten Vers über.

Meixner setzt sich zögernd; in seinen Augen steht noch dieselbe Frage. Schönborn wird diese Augen während der ganzen Stunde nicht los und kann auch nicht recht geradeaus schauen. Er greift zur Geige, das Singen

hebt an, aber er spielt nicht rein, er vergreift sich um ganze Noten, und auch das lauteste Singen kann eine Stimme nicht übertönen, die hartnäckig in seiner Brust rumort... Die richtige Antwort war das nicht, spricht diese Stimme, Klassen gibts in allen entwickelten Völkern, gab es schon vor Marx, siehe die europäischen Revolutionen; du bist deinen Kindern eine Antwort schuldig, mein Lieber, denn wie sollen sie die Stimmung eines Liedes treffen, wenn ihnen der Text fremd bleibt! Der ist zwar... na also sagen wir; vom Direx, aber dafür bist du Lehrer, um den Kindern klar zu machen, was der Direx meint...

Er legt seine Geige unzufrieden in den Kasten. Die Stunde ist zu Ende. Jetzt bloß raus, sonst fragt noch einer, denn schließlich: was ist nun eigentlich Marxismus, das muß man doch wissen!

In der Freizeit trifft er den Klassenlehrer Köhler. — »Sagen Sie, Herr Kollege, was würden Sie antworten, wenn Sie von ihren Knaben gefragt werden, was der Marxismus will?« Und Schönborn fühlt, wie er ein bißchen rot wird.

Köhler haucht seine Brille an und putzt dran herum. Seine Augen sehen plötzlich halb blind aus. »Marxismus?« macht er gedehnt und haucht, »der Marxismus will... der Marxismus ist eine Lehre von einem gewissen Marx und er will... er will... er setzt sich nicht für die Nation ein, sondern ist international, nicht? — Wie heißt denn der Knabe? Wie? Der kleine Meixner? So so, den wollen wir uns mal 'n bißchen merken.« Schließt einen grünen Blick durch die Brille und entwezt ins Frühstückszimmer.

Setzt sich nicht für die Nation ein? — hört

Schönborn noch im Ohr und weiß doch, daß die Sozialdemokraten ein paar mal Kriegskredite bewilligten, daß sich verschiedene Marxisten während des Weltkrieges freiwillig stellten und daß Millionen Sozialisten im Schützengraben ihre Pflicht taten... Nein, nein, was Köhler sagt, genügt noch nicht, Marxismus scheint mehr zu sein, als bloß ein politischer Standpunkt oder Grundsatz, oder wie man das sonst heißen mag.

Die Frage läßt ihn nicht mehr los; er ist neugierig geworden. In seinem Zimmer dahinter kramt er zwischen Büchern, aber er findet nichts. Von der Wand leuchtet ein Spruch, rote Schrift auf weißem Papier in schwarzem Rahmen: »Deutsch sein, heißt gründlich sein!« Der Wahlspruch seines Vaters. Er ist nicht schlecht gefahren damit; aus ärmlichen Verhältnissen hatte er sich bis zum Steuersupernumerar emporgearbeitet.

Schönborn stülpt den Hut über und geht zur Buchhandlung. Wir befinden uns in einem kleinen Orte, darum ist diese Buchhandlung nicht nur die einzige, sondern gleichzeitig die größte der Stadt.

»Haben Sie zufällig etwas Populäres über Marxismus?«

Ein kalter, strafender Blick des Buchhändlers.

»Es kann auch etwas Kritisches sein«, fügt Schönborn schnell hinzu.

»Solche Literatur führen wir nicht, Herr! Weder zufällig noch sonstwie! Heil Hitler!«

Als der Lehrer draußen ist, richtet sich der Buchhändler stolz vor seinem Lehramtschüler auf. »Haben Sie gesehen, wie bedegert der abging? So behandelt man Spitzel!«

Also dann vielleicht in der Stadtbücherei,

denkt Schönborn und schon sieht man ihn auf dem Wege zum Rathaus. — Der alte Bibliothekar sortiert gerade von A bis D. Schönborn hat seine Frage kaum heraus, da sieht sich der Alte erschrocken im Raume um und nimmt den Jungen beiseite: »Sowas gibts hier im ganzen Orte nicht, wenigstens jetzt nicht... Warum muß es denn gerade Marxismus sein, Herr Schönborn? Da ist kein Segen bei... Ich rate Ihnen dringend ab... Ich habe Ihren seligen Vater gekannt, wir waren die besten Freunde...«

Wieder sitzt Schönborn daheim. Da soll man nun Kindern erklären, was Marxismus ist! Von der Wand leuchtet es rot durch die Dämmerung: Deutsch sein, heißt gründlich sein! — Leicht gesagt, wenn man eines Buches wegen erst in die Kreisstadt fahren muß. Und mitnehmen darf man nur für Studienzwecke.

Am nächsten Vormittag steht Schönborn vorm Schulleiter. Grämlich und verdrossen schaut der vom Schreibtisch auf; er hat mit seiner Frau Krach gehabt, weil der gestrige Skat wieder bis nachts zwei Uhr getobt hatte... »Herr Direktor«, sagt Schönborn, frisch rasiert und die Haare straff nach hinten gekämmt, »dürfte ich um eine Bescheinigung bitten? Ich brauche zu Studienzwecken ein Buch über Marxismus.«

Es ist, als ob sich die Tapete ringum grünlich färbte. Es ist, als sträubten sich dem Direx die Nackenhaare. »Buch über Marxismus? Sie? Ja wozu denn?« Er steht drohend auf. »Wenn Sie wissen wollen, was Marxismus ist, dann lesen Sie den Text von unserem Sammelbuch noch einmal durch! Dort steht! — Wie meinen Sie? Das genügt Ihnen



# Die Hitlerbilanz wird frisiert

## Statistisches Jahrbuch 1934 — Wie es gemacht wird

Die zusammenfassende Jahresveröffentlichung der deutschen Reichsstatistik — das Statistische Jahrbuch 1934 — ist zwar in der äußeren Form den früheren Jahrbüchern angepaßt, doch konnte in dem arbeitstatistischen Teil die neue von wenig Wahrheits- und viel Propagandabedürfnis diktierte Zählmethode nicht ganz verwischt werden.

### „Berichtigte Zahlen“

So erscheinen äußerlich in einer den Vorjahren entsprechenden Aufstellung lange Zahlenreihen über »Tarifliche Stundenlöhne (oder Akkordrichtsätze) für Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in 17 Gewerben«. Ein Vergleich mit dem Jahrbuch 1933 ergibt aber die seltsame Tatsache, daß die Zahlen ab 1. Mai 1932 bis einschl. 1. April 1933 rückwirkend verändert worden sind. Der Vorgang ist in einer kleinen unscheinbaren Fußnote mit den Worten vermerkt: »Berichtigte Zahlen«. Das Bild sieht, wenn man z. B. die Tariflöhne der männlichen Facharbeiter wiedergibt, so aus:

Gesamtdurchschnitte		Statistisches Jahrbuch 1934	
Statistisches Jahrbuch 1933	1932	Berichtigte Zahlen	1934
84,7 Rpf.	1. April	84,7 Rpf.	
83,0	1. Mai	82,0	
81,8	1. Juni	80,3	
81,4	1. Juli	80,2	
81,1	1. Aug.	80,1	
80,5	1. Sept.	79,6	
80,3	1. Okt.	79,3	
80,2	1. Nov.	79,2	
80,1	1. Dez.	79,1	
	1933		
80,1	1. Jan.	79,2	
80,0	1. Febr.	79,1	
79,4	1. März	78,5	
79,3	1. April	78,5	
	1. Mai	78,5	
	1. Sept.	78,4	
	1. Dez.	78,3	
	1934		
	1. Jan.	78,3	
	1. April	78,3	

Bis 1. April 1933 waren die von den früheren Gewerkschaften abgeschlossenen Tariflöhne in Kraft, während am 1. Mai 1933 der nationalsozialistische Aufbruch in den Tarifverträgen eingesetzt hat. Um das Absinken im ersten Jahr Hitler-Regime nicht mehr im vollen Ausmaß in Erscheinung treten zu lassen, haben die kühnen Rechner 12 Monate zurück die schon einmal berichteten Zahlen im neuen Jahrbuch »berichtigt«. Man hat die Tariflöhne aus der Vorhitlerzeit in jedem Monat um etwa 1 Rpf. niedriger angegeben. Wenn nach dieser Methode in den folgenden Jahrbüchern weitere »Berichtigungen« der Zahlen aus den 14 Jahren der Systemregierungen vorgenommen werden, läßt sich allmählich sogar nachweisen, daß die Löhne unter Hitler gestiegen sind.

### Tatsächliche Arbeitsverdienste

Die hier wiedergegebenen »berichtigten Zahlen« sollten lediglich die Methode der neuen Statistik kennzeichnen. Für die tatsächlichen Arbeitsverdienste sind heute in Deutschland die Tariflöhne nicht mehr maßgebend. In der Darstellung der tatsächlichen Arbeitsverdienste, die auf Erhebungen beruhen, läßt sich auch nicht rückwirkend »berichtigen«. So zeigen z. B. die beiden Statistischen Jahrbücher 1933 und 1934 das Sinken der wirklichen Löhne in Textilindustrie in folgenden Zahlen:

Durchschnittlicher Wochenverdienst Textilindustrie		Jahrbuch 1934 (S. 276)	
Jahrbuch 1933 (S. 272)		Sept. 1933	Sept. 1934
39,14 RM	Spinner männl.	31,29 RM	
24,73	weibl.	22,24	
40,94	Weber männl.	30,16	
29,57	weibl.	24,52	
31,80	Hilfsarbeiter m.	26,83	
22,06	weibl.	18,81	

Die Veröffentlichungen über »Tatsächliche Arbeitsverdienste« müßten bei Bekanntgabe der Zahlen vor und nach Hitlers Machtergreifung das ganze Ausmaß des verheerenden Lohnabbaues im Dritten Reich aufweisen. Das Stat. Reichsamt hat sich deshalb auch hier aus der Verlegenheit helfen müssen, ohne diesen Teil der Statistik ganz ausfallen zu lassen, das wäre äußerlich im neuen Jahrbuch aufgefallen. Die kühnen Rechner haben einen anderen Weg der »vergleichenden Statistik« gewählt, indem sie bei wichtigen Branchen im Jahrbuch 1934 genau dieselben Zahlen veröffentlichten, wie im Jahrbuch 1933. So finden wir im J.-B. 1934 auf Seite 273 über die tatsächlichen Löhne im Buchdruckgewerbe genau dieselbe Erhebung vom Juni 1932, wie sie bereits im Jahrbuch 1933 auf Seite 270 zu lesen war. Die abglei-

tende Lohnbewegung seit Juni 1932 wird völlig verschwiegen. Für die Schuhindustrie bringt das J.-B. 1934 auf S. 275 eine Erhebung vom März 1932, die bereits im J.-B. 1933 auf Seite 272 erschienen war. Die Hitler-Diktatur prunkt also mit den Löhnen aus der Zeit der

Schuhindustrie	1932	1934
Ortaklasse I Berlin usw.	82,6 Rpf.	82,6 Rpf.
II Bamberg usw.	78,9	78,9
III Brandenburg usw.	75,4	75,4
IV usw.	71,7	71,7
Durchschnitt	79,2 Rpf.	79,2 Rpf.

(Stundenlöhne männlicher Fabrikarbeiter)

Hier werden einfach die Sätze aus dem früheren Tarifvertrag der Schuhindustrie wiederholt, obwohl, wie eine kleine Fußnote verstanden andeutet, seit Hitlers Regierungsantritt in der Schuhindustrie ein tarifloser Zustand eingetreten ist! Das Regime prunkt mit Tariflöhnen, die mit der Zerschlagung des alten Schuhmacherverbandes längst aufgehört haben, zu bestehen.

Schließlich verschweigen die braunen Statistiker, daß in den Veröffentlichungen über »Tatsächliche Arbeitsverdienste« eine ganze Reihe von wichtigen Gewerbezweigen im Jahrbuch 1934 überhaupt völlig ausgefallen sind. So sucht man vergeblich nach der Statistik über folgende Gewerbe, die im Jahrbuch 1933 noch aufgeführt waren: Eisen- und stahlerzeugende Industrie, metallverarbeitende Industrie, Chemische Industrie, Holzgewerbe, papiererzeugende Industrie, Süß-, Back- und Teigwaren, Braugewerbe.

### Tarifstatistik

Während in der Statistik über Tariflöhne die früheren längst außer Kraft gesetzten Sätze angegeben werden, verrät die Uebersicht über die Arbeitstarifverträge nach dem Stand vom 31. Dezember 1933, daß nur noch wenige absterbende Tarifreste notifiziert werden konnten. Im Jahrbuch 1933 konnte man noch an den Errungenschaften der früheren Gewerkschaften zehren. Im Jahrbuch 1933 hatten die Zahlenjongleure Hitlers noch über den Stand vom 1. Januar 1932 berichtet. Damals wurde mitgeteilt, daß u. a. die Lohn- und Gehaltstarife

8.219.235 Arbeiter  
1.685.444 Angestellte

### Ohne jeden Schutz!

Das Arbeitsordnungs-Gesetz, das im Dritten Reich den Zustand der sozialen Schutzlosigkeit der Arbeiter legalisiert hat und der Willkür des Unternehmers ein weites Betätigungsfeld offen läßt, hat für den großen Teil der Arbeiterschaft, der in Betrieben mit unter 20 Personen Belegschaft beschäftigt ist, noch besonders ungünstige Verhältnisse geschaffen. Die Unternehmer dieser Betriebe brauchen nicht einmal eine Betriebsordnung zu erlassen und die übrigen Vorschriften des Arbeitsordnungs-Gesetzes finden auf sie keine Anwendung.

Von diesem Freibrief für die schrankenlose Ausbeutung machen die Unternehmer den weitestgehenden Gebrauch. Denn nach den Deklamationen der »Führer« bedeutet das ja keine Profitjägererei und sie sehen nicht ein, warum sie bei der Befolgung der Devise »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« weniger Gewinn haben sollen, als die vielen tausenden Bonzen und Bönzchen, denen sie ja sowieso von dem erzielten Mehrwert abgeben müssen.

Man kann kaum ahnen, zu welcher ungeheuerlichen sozialer Bedrückung diese Verhältnisse im heutigen Deutschland sich gerade für die in den Klein- und Mittelbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herausgebildet haben.

Jeder Vertretung im Betrieb und jeder gewerkschaftlichen Organisation und Hilfe beraubt, haben sie keine Möglichkeit, irgendwo Schutz und Recht zu suchen und zu finden.

Die Schmutzkonzurrenz zwischen den Unternehmern auf Kosten der Arbeiterschaft ist dabei zu höchster Blüte gekommen und soll sogar das Weiterbestehen zahlreicher Unternehmungen gefährden. Erst dadurch sieht sich der nationalsozialistische Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Westfalen veranlaßt, in einem Aufsatz in »Ruhr und Rhein« 1935, Heft 1, ein teilweises Eingeständnis zu machen.

»Besonders häufen sich, so schreibt er, die Beschwerden an den Treuhänder aus kleinen, Mittel- und Kleinstbetrieben über die bestehenden Arbeitsbedingungen. In diesen Unternehmungen, die fast alle keine Betriebsordnung zu erlassen verpflichtet sind, muß vielfach erst Ordnung geschaffen werden. Das gilt in erster Linie für die Bezirke außerhalb des eigentlichen Indu-

striegebietes. Hier wird vielfach nur durch eine Tarifordnung, die ja an sich die Ausnahme bilden soll, ein sicherer Rechtsboden für die dort beschäftigten Volksgenossen geschaffen werden können. Entsprechende Anträge gehen dem Treuhänder auch von den sozial eingestellten Führern in großer Anzahl zu, da das Weiterbestehen vieler Unternehmungen durch Schmutzkonzurrenz bedroht und die soziale Lage mancher Gefolgschaftsmitglieder unerträglich ist, wie mehrfache Erhebungen ergeben haben.«

Würde diese ekelhafteste aller Schmutzkonzurrenz, die Ueberbietung an sozialpolitischer Rückschrittlichkeit und Ausbeutungswillkür, sich nicht zu einem Teil gegen das Unternehmertum selbst kehren, der Treuhänder würde nicht einmal dieses sanfte Eingeständnis gemacht haben. Aber es darf dennoch nicht »aufgefaßt werden, als ob nun etwa die Millionen Arbeiter in den Klein- und Mittelbetrieben wirklich vor der schrankenlosen Ausbeutung geschützt werden sollten. Wenn das geschehen soll, da dürfte das faschistische Regime eben nicht die Verkörperung der einseitigsten Vertretung der kapitalistischen Interessen gegen die Arbeiter sein.

»Infolge Auflösung der alten Verbände, die bisher Träger der Tarifstatistik waren, ist es nicht möglich, die Zahl der durch die Verträge erfaßten Betriebe und Arbeitnehmer anzugeben.«

Sie haben nicht den Mut, die brutale Zerstörung des deutschen Tarifwerks zahlenmäßig aufzuzeigen und stottern, es wäre nicht möglich, die Vergleichszahlen anzugeben.

### Deutsches Arbeitseinkommen

Auch in der volkswirtschaftlichen Bilanz über das deutsche Volkseinkommen wird von Jahrbuch zu Jahrbuch hin und her laviert. Wir geben aus den beiden letzten Jahrbüchern die letzten Zahlen über das Arbeitseinkommen wieder, um auch hier die Methode zu kennzeichnen.

Jahrbuch 1933	Jahrbuch 1934
26.200 Mill. RM	25.711 Mill. RM
	1932
	1933
	25.980 Mill. RM

Nach dem neuen Jahrbuch ist das gesamte Arbeitseinkommen gestiegen. Ein Vergleich mit dem Jahrbuch 1933 zeigt das Gegenteil, es ist gefallen.

Eine Nachprüfung der Arbeitslosenstatistik und der sonstigen Uebersichten wäre nicht weniger aufschlußreich. Wer am 30. Januar 1934 die Jahresbilanz Adolf Hitlers zu lesen und zu hören bekommt, möge sich bewußt bleiben, daß die »Erfolge« des Dritten Reiches nicht zuletzt auf der geradezu revolutionären »Erneuerung der Statistik« beruhen.

»Systemparteien« aus den so oft verfluchten verflochten 14 Jahren der Weimarer Republik. Noch toller ist der statistische Schwund, wenn in der Tarifstatistik im J.-B. 1934 auf Seite 289 folgende Zahlenreihen bekannt gegeben werden:

umfaßten. Im neuen Jahrbuch 1934 sagt die ominöse Fußnote:

### Gewerbeaufsicht 1933

Aus dem vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbehörden und Bergbaubeamteten für 1933, das erste Jahr der Hitlerdiktatur, ist zu entnehmen, daß die Uebertretungen der Vorschriften, die Verstöße gegen die Gesetze usw. gerade in diesem Jahre besonders hoch waren.

Zunächst wurden 29.000 Unfälle gemeldet, die untersucht werden mußten. Bei der Besichtigung von 329.000 Betriebsanlagen wurden über 23.000 Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Vorschriften von den Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellt. In 15.000 Fällen wurde die gesetzliche werktätige Arbeitszeit überschritten, 2800 Fälle betrafen Vergehen gegen die Sonntagarube. Verletzungen der Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden in 4168 Fällen ermittelt, während in 1770 Fällen gegen die Bestimmungen des Jugend- und Kinderschutzes verstoßen wurde.

Zu diesen rund 24.000 offenen Zuwider-

handlungen kommen noch über 224.000 Beanstandungen.

Davon waren 162.165 unfalltechnischer, fast 62.000 gewerbehygienischer Natur, wie Instandhaltung der Arbeitsräume, Heizung, Lüftung und Beleuchtung. In 13.000 Fällen mußten die den persönlichen Bedürfnissen der Belegschaft dienenden Einrichtungen und Räume beanstandet werden.

Bei Besichtigung von nur 329.000 Anlagen allein 24.000 Zuwiderhandlungen und 224.000 Beanstandungen! Das ist eine hohe Ziffer, die noch krasser wirkt, wenn man weiß, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten unter der nationalsozialistischen Regierung bei der Kontrolle noch viel nachsichtiger waren als früher.

Wenn das kostbare Geld, das heute mit unsinnigen Spielereien, wie »Kraft durch Freude«, »Schönheit der Arbeit« usw. vertan wird, wenigstens zum Teil für den notwendigen Ausbau der Gewerbeaufsicht verwendet würde, dann könnte der Sabotage der von den einzelnen Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie geschaffenen Unfall- und Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung erfolgreich gesteuert werden. Aber eben das wollen ja die Nationalsozialisten gar nicht.

### Knüppel elektrisch

Vor etwa einem Jahre sind Berichte über eine neue elektrische Handwaffe durch die europäische Presse gegangen. Nach diesen Meldungen sollte die japanische Polizei mit einem kleinen Apparat ausgerüstet worden sein, mit dem man den Gegner durch einen elektrischen Schlag lähmen und einige Zeit kampfunfähig machen könne. Solche elektrische Waffen waren schon im Jahre 1932 auf der Berliner Funkausstellung zu sehen. In Lettland wird diese Waffe unter dem Namen Loleitapparat vertrieben, Hauptabnehmer ist die Polizei.

Die uhrförmige Schlagelektrode wird am Handrücken getragen. Sie hat zwei konzentrische Ringe, zwischen denen bei einer Berührung für kurze Zeit eine Spannung von fünfhundert Volt herrscht. Erzeugt wird diese Energie in einer Taschenbatterie, wobei sie durch Unterbrecher und Induktionsspulen hochtransformiert wird. Schläge aus diesem Apparat sollen einen Widerpenstigen nicht gerade betäuben. Sie sollen ihn aber »lammfromm« machen, wenn er besonders im Genick von der Elektrode berührt wird.

Unsere Zeit ist wirtschaftlich unfruchtbar — in der Erfindung von Mitteln zum Töten und Quälen aber ist sie groß!

### Der Rest

In der Zeitschrift »Volksschule« veröffentlicht ein Schulmann einen Aufsatz über »die Gestaltung des Staatsjugendtages in der Volksschule«. Er gesteht eingangs, daß in seinem Schulaufsichtskreis, Weissenfels a. S., ungefähr 50 Prozent der Kinder nicht der Hitler-Jugend angehören und führt fort:

»Die innere Struktur dieses Restes ist nicht gleichförmig.«

Ein »Rest« von 50 Prozent kann sich sehen lassen. Er wird schwerer zu verdauen sein, als die Hauptmahlzeit.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2,— (Kč 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Frs. 2,— (24,—), Bulgarien Lew 8,— (96,—), Danzig Guld. 0,30 (3,60), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4,— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (18,—), Großbritannien d 4,— (Sh. 4,—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,— (24,—), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,018 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—), Saargebiet F. Fr. 1,50 (18,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1,—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.603. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.